

# Der Freisinn

# FDP

Nr. 7/8  
Juli/August 1984  
6. Jahrgang  
Erscheint monatlich

Redaktion:  
«Der Freisinn»  
Postfach 2642, 3001 Bern  
Telefon (031) 22 34 38

Inserate:  
ofa Orell Füssli Werbe AG  
Holbeinstrasse 30, 8022 Zürich  
Telefon (01) 251 32 32

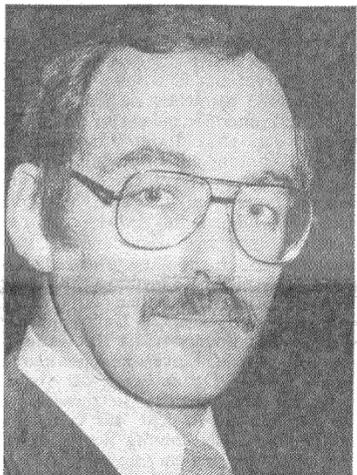
Herausgeber:  
Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP)  
Postfach 2642, 3001 Bern  
Telefon (031) 22 34 38

Schweizer Abwehrdoktrin bleibt aktuell

## EMD: Kritische Haltung nicht ausgeschlossen

Wer für Frieden und Freiheit ist, kann nicht Nein sagen zur militärischen Landesverteidigung. Das schliesst, wie FDP-Nationalrat Kurt Schüle (Schaffhausen) festhält, eine kritische Haltung zum EMD nicht aus. Er geht in seinem Beitrag auch auf die Diskussion um die Abwehrdoktrin ein:

Im Kapitel «Militärische Landesverteidigung» geht der Bundesrat in den Regierungsrichtlinien 83-87 auf Abwehrdoktrin und Armeeleitbild ein. Er kommt damit einem parlamentarischen Auftrag nach, der auf Vorstösse der Sozialdemokraten in beiden Räten zurückgeht. Von seiten der SP ist die Frage gestellt worden, ob wir uns in unserer Abwehrdoktrin nicht in höherem Masse auf den Kampf der Infanterie konzentrieren sollten. Nachdem der Ständerat das SP-Postulat nicht abgeschrieben hat und da im Nationalrat der Parallelvorstoss noch pendent ist, werden wir uns zu gegebener Zeit mit einem Bericht des Bundesrates auseinandersetzen haben. Dieser wird im Umfang über die Aussagen in den Richtlinien hinausgehen, kaum aber in den Ergebnissen. Es bleibt zu wünschen, dass dieser Bericht möglichst zusammen mit einer Standortbestimmung zur Sicher-



heitspolitik erstattet wird, wie sie von der FDP-Fraktion gefordert wird (siehe Kästchen).

**Auftrag immer noch aktuell**  
Das vorläufige Fazit des Bundesrates besteht darin, dass der 1973

neu formulierte Auftrag für unsere Armee aktuell ist und nicht geändert werden muss. Dieser besteht darin, durch Glaubwürdigkeit in der Abwehrbereitschaft einen wirksamen Beitrag zur Kriegsverhinderung zu leisten und die Verteidigung unseres Landes von der Landesgrenze weg sicherzustellen.

Ich stimme mit dem Bundesrat überein, dass die durch das neue Armeeleitbild bestätigte Konzeption der Abwehr auch in Zukunft richtig sein wird. Unsere Armee hat ihren Kampf im hoffentlich ausbleibenden Ernstfall mit statischen und mit beweglichen Mitteln zu führen. Sie bleibt dabei im wesentlichen ein Infanterieheer, das jedoch nicht ohne mechanisierte Kräfte auskommt. Die Beweglichkeit unserer Armee ist zum wichtigen Faktor für die Kampfführung geworden. Wir haben grosse und zum Teil nur lückenhaft verteidigte Räume zu behaupten. Dazu benötigen wir auch bewegliche und feuerkräftige Verbände. Eine klare Abstützung der Kampfführung auf die Stärken unseres Geländes bleibt dabei eine grundlegende Voraussetzung. Durch eine konsequente Verstärkung des Geländes – vorab auch in der Ostschweiz – verbessern wir diese Voraussetzungen wesentlich.

### Prioritäten – auch im EMD – setzen

Der begrenzte Finanzrahmen für unsere Militärausgaben wird uns

*Fortsetzung auf Seite 2*

Gedanken zur Ausbildung an unseren Berufsschulen

## Informatik gehört bald zur Allgemeinbildung

Die Notwendigkeit, an unseren Berufsschulen Informatik zu betreiben, wird wohl heute kaum mehr bestritten. Allerdings gibt es immer noch Stimmen, die der Meinung sind, die Lehrlinge einzelner Berufe könnten davon ausgenommen werden. FDP-Nationalrat Hans Künzi, Volkswirtschaftsdirektor des Kantons Zürich, bezweifelt dies und meint vielmehr, Informatik werde in Zukunft zur Allgemeinbildung gehören, wie er hier aufzeigt:

Heute ist kaum abzuschätzen, welche Berufe in den nächsten Jahren von dieser Informatik-Bewegung auch noch erfasst werden! Wer hätte beispielsweise vor einigen Jahren gedacht, dass Herenschneider die Teile eines Massanzuges mit computergesteuerten Maschinen zuschneiden und dabei statt einer Schere oder eines Messers einen Laserstrahl benützen würden?

### Inhalt und Ziel der Informatik an Berufsschulen

Zuerst wäre die Frage zu stellen, was denn eigentlich im Informatik-Unterricht an Berufsschulen zu behandeln ist, welche Inhalte und Ziele zu berücksichtigen sind. Als an den kaufmännischen Schulen vor rund zehn Jahren der erste EDV-Unterricht gegeben wurde, lag der Schwerpunkt bei der Beschreibung der verwendeten Maschinen, Speicher, Ein- und Ausgabemedien. Mangels schuleigener Computer musste der Unterricht durchwegs als «Trockenschwimmkurs» durchgeführt werden. Die gewerblichen Schulen folgten einige Jahre später. Hier standen entweder die Funktionen des Mikroprozessors im Vordergrund, oder es wurden Programmierkenntnisse vermittelt, meist in den Sprachen Basic oder Assembler.

### Algorithmus und Software-Pakete

In jüngster Zeit ist das algorithmische Denken ins Zentrum gerückt. Dabei ist ein Algorithmus nichts anderes als eine Regel, nach der eine Aufgabe schrittweise gelöst wird. Er ist, so kann man auch sagen, die Beschreibung eines Handlungsablaufes, z. B. der Führung einer Lagerkartei im Magazin einer Garage. Auch die Abschlussarbeiten bei der Buchhaltung oder die Regelung einer Zentralheizung sind Algorithmen, die mit Hilfe eines Computers durchgeführt werden können.

Algorithmen werden oft als Flussdiagramme dargestellt. Algorithmen bilden das Zentrum einer Problemlösung, wenn diese mit Hilfe der EDV oder eines Mikroprozessors erfolgen soll. Die eigentliche Programmierung mit



Hilfe von Cobol oder Basic ist nur noch die Umsetzung dieses Algorithmus in eine Sprache, die der Computer verarbeiten kann. Die Einübung algorithmischen Denkens muss nach heutiger Auffassung im Zentrum eines Informatik-Unterrichts stehen. Professor Mey definierte Informatik als «Lehre von der automatisierten Realisierung von Algorithmen».

Am Horizont zeichnet sich ein weiterer Ansatz für den Informatik-Unterricht ab. Er geht aus von der Tatsache, dass heute die klassischen Programmiersprachen wie Cobol, Basic oder Fortran an Bedeutung verlieren und (vor allem in kleineren Betrieben) viele Probleme mit sogenannten Software-Tools, Software-Paketen bearbei-

*Fortsetzung auf Seite 6*

**Anlage-  
fragen?  
Dann  
zur SKA**



SCHWEIZERISCHE  
KREDITANSTALT  
SKA



Mit jenem Elan, für den er bekannt ist, hat sich der neue Chef des EMD in seine Amtsgeschäfte eingearbeitet und in den wenigen Monaten seines Wirkens bereits deutliche Spuren hinterlassen: Jean-Pascal Delamuraz. Auf unserem Bild bei einer Intervention im Ständerat. (Photo ruti)

Der Leistungsschlüssel liegt bei den Rahmenbedingungen

## Wirtschaftswachstum und Unternehmungswachstum

War das Prinzip des wirtschaftlichen Wachstums noch vor nicht allzu langer Zeit Gegenstand der Geringschätzung, ja der Anfeindung, so haben sich die Anschauungen in den letzten Jahren im Zeichen weltwirtschaftlicher Schwächetendenzen deutlich nuanciert. Diesem Problemkreis geht dieser Beitrag nach:

Es hat erkannt, dass wirtschaftliche Expansion nicht einfach mit Ressourcenverschwendung gleichzusetzen ist, dass sie bedeutsame qualitative Aspekte hat und dass sie Dauerhaftigkeit bei politischer, sozialer und monetärer Stabilität benötigt, sollen zwei der Hauptübel der Gegenwart, die Arbeitslosigkeit und die Überschuldung zahlreicher Länder, überwunden werden. Dass dazu staatlicher Interventionismus nicht ausreicht, ist ebenfalls eine erhärtete Erfahrung. Wirtschaftswachstum verlangt Unternehmungswachstum, und dieses setzt wiederum marktgerechte Rahmenbedingungen voraus.

### Anforderungen an Binnen- und Aussenwirtschaft

Es ist erfreulich, dass solche Überzeugungen gerade auch in der verantwortlichen jungen Generation solide verankert scheinen. Das machte ein in Innsbruck abgehaltener Kongress «Junge Wissenschaft und Wirtschaft» eindrücklich sichtbar, der von der Hanns-Martin-Schleyer-Stiftung getragen wurde und die «Quellen des Wachstums» zum Thema hatte. Mit der erwünschten Klarheit wurde dargelegt, dass unternehmerische Leistungsbereitschaft entscheidend mitbestimmt wird durch die fiskalischen, sozialpolitischen und administrativen Verhältnisse, aber auch durch eine wettbewerbsgerechte Aussenwirtschaft.

Die angesprochenen Anforderungen, die für ein gesamtwirtschaftlich fruchtbares Unternehmungsverhalten ausschlaggebend sind, umfassten den Verzicht auf extreme Grenzsteuerbelastungen auf Einkommen und Erträgen, die Vereinfachung der Steuersysteme, den Abbau büro-

kratischer Gebote und Verbote, die Sanierung öffentlicher Haushalte durch Ausgabendisziplin, die fiskalische Begünstigung von Risikokapital, die Zurückbindung staatlicher Nachfragemacht und die selbstverantwortliche Managementschulung für alle denkbaren Betriebsgrößen. Das Postulat der Überwindung arbeitsmarkt- und sozialpolitischer Immobilität wurde auch am Widersinn bloss kurzfristiger und punktueller Beschäftigungserhaltung durch handelspolitischen Protektionismus veranschaulicht. Denn solcher Protektionismus behindert unausweichliche strukturelle Anpassungsprozesse, statt sie zu fördern, woraus sich reale Nettoverluste an wirtschaftlichem Wachstum ergeben.

### Ökologische Steuerungselemente

Im weiteren stellte die Innsbrucker Tagung den weitverbreiteten Irrtum richtig, es bestehe ein Widerspruch zwischen Wachstum und Umweltschutz. Jedenfalls sind solche Polaritäten vermeidbar, wenn Umweltgüter gleich wie andere Ressourcen innerhalb eines sinnvollen Ordnungsrahmens marktwirtschaftlich bewertet werden. Offenkundig kommt dabei das Verursacherprinzip zu seinem Recht, in welchem das wohlstandsoptimierende Wettbewerbsmodell seine Rechtfertigung findet.

In die gleiche Richtung wies ein Grundsatzreferat, das an der

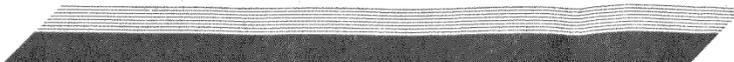
Fortsetzung von Seite 1

auch in Zukunft zu einer klaren Prioritätensetzung in der Mittelverwendung zwingen. Das gilt ganz speziell für die Rüstungsbeschaffung, wo die Vorhaben allerdings stets in ihrer gesamten militärpolitischen, finanzpolitischen, aber auch volkswirtschaftlichen Bedeutung beurteilt werden müssen.

Es muss uns ein besonderes Anliegen sein, dass wir die Verwaltungs- und Unterhaltskosten im ganzen EMD-Bereich noch besser unter Kontrolle bringen, z. B. durch eine Gemeinkostenwertanalyse und durch konsequente Stellenbewirtschaftung. Nur so erhalten wir im EMD-Budget genügend Spielraum für jene Vorhaben und Investitionen, die direkt die Kampf- und Abwehrbereitschaft unserer Armee und damit unseres Landes stärken. Daran muss uns allen gelegen sein.



diesjährigen Generalversammlung der Handelskammer Deutschland-Schweiz in Zürich der Innenminister der Bundesrepublik, Dr. Friedrich Zimmermann, über «Umweltschutz auf dem Boden der Marktwirtschaft» hielt. Das Thema machte einen doppelten Ansatz sichtbar: Erstens muss umweltfreundliches Verhalten der Wirtschaft und den Verbrauchern als lohnend erscheinen, wozu beispielsweise finanzielle Anreize zur Verwendung technisch angepasster Autos (Katalysatoren, Ausrüstung für bleifreies Benzin) dienen sollten, und zweitens gilt es, vorteilhafte Bedingungen zur Entwicklung eigentlicher Umweltindustrien zu schaffen. Diese können, wie Zimmermann versicherte, in positiver Weise export- und beschäftigungswirksam sein. Deshalb sei Umweltpolitik, sofern sie marktwirtschaftlich konzipiert werde, im besten Sinn langfristige Wirtschaftspolitik.



## Eidgenössischer Abstimmungskalender 1984/85

### 23. September

- Atominitiative II
- Energieinitiative

### 2. Dezember

- Radio- und Fernsehartikel der Bundesverfassung
- Mutterschutz-Initiative
- Gegenentwurf der Bundesversammlung zur Initiative «zur Entschädigung der Opfer von Gewaltverbrechen». (Das Volksbegehren wurde zugunsten des Gegenvorschlages zurückgezogen.)

### 10. März

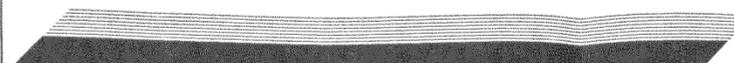
- Ferieninitiative
- Initiative «Recht auf Leben»

### 9. Juni

### 22. September

### 1. Dezember

Für diese vom Bundesrat bereits festgelegten Blankoabstimmungsstermine sind noch keine Vorlagen bestimmt worden. Ebenso sind die Abstimmungsgeschäfte für den 10. März noch nicht definitiv angesetzt worden.



### Erfolgreiche FDPO

Die Freie Demokratische Partei Oberwallis (FDPO), die es sich zum Ziel gesetzt hat, dritte Kraft in der Oberwalliser Politik zu werden, kann einen weiteren Erfolg verbuchen: Sie konnte soeben die Gründung einer weiteren Ortssektion – in Leukerbad – feiern. Unter dem Motto «Nicht lau, sondern blau» luden die Initianten zur Parteigründung ein und forderten auf, «den mutigen Schritt zu einer mutigen Partei» zu tun. Die FDP Leukerbad, die jüngste Ortssektion der überaus initiativen FDPO, will sich an ortspolitischen Abstimmungen und Wahlen präsentieren.



### Für vorgezogene ELG-Revision

Ganzheitliche Betrachtung der Kosten der sozialen Sicherheit

Die Absicht, die Revision des Bundesgesetzes über die Ergänzungsleistungen zur AHV und IV (ELG) nicht wie ursprünglich vorgesehen gleichzeitig mit der 10. AHV-Revision durchzuführen, sondern davon abzukoppeln und möglichst bald zu verwirklichen, wird von der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz begrüßt. Wie die Partei in ihrer Vernehmlassungsantwort betont, hält sie trotz ihrem Eintreten für ein Vorziehen der ELG-Revision an der ganzheitlichen Betrachtungsweise der Kosten für die soziale Sicherheit fest. Die Kostenfolgen aller Revisionsvorhaben sind, wie die FDP verlauten lässt, sorgfältig zu berechnen und zumindest mittelfristig durch direkte oder indirekte Einsparungen auszugleichen. Insgesamt sollte am Grundsatz der Kostenneutralität bei der 10. AHV-Revision nicht gerüttelt werden.

Das System der Ergänzungsleistungen wird von der FDP als geeignetes Instrument einer gezielten Sozialpolitik gewertet. Dies insbesondere deshalb, weil die Leistungen nur bedürftigen und in bescheidenen Verhältnissen lebenden AHV- und IV-Rentnern gewährleistet werden. Die Meinung, mit einer Erhöhung der Minimalrenten seien alle Probleme zu lösen, hält die Partei für verfehlt, da generelle Leistungsverbesserungen nicht nur mit hohen Kosten verbunden sind, sondern auch einen schlechten sozialen Wirkungsgrad zeitigen, da sie sich für die Mehrzahl der Fälle als nicht notwendig, für einzelne konkrete Verhältnisse jedoch als ungenügend erweisen würden.

Zustimmung findet bei der FDP die beantragte selektive Erhöhung der Einkommensgrenzen. Die vorgeschlagene Kann-Formel betrachtet sie jedoch nicht als befriedigend: Sie müsste so formuliert werden, dass sowohl der Bundesrat als auch die Kantone zur Erhöhung der Einkommensgrenzen verpflichtet sind. Im weiteren befürchtet die Partei, dass die Heimverwaltungen die Verbesserung der Ergänzungsleistungen dazu benutzen, ihre Pensionspreise zu erhöhen. Die FDP erwartet, dass dieser Tendenz in geeigneter Form der Riegel geschoben wird, damit verhindert wird, dass die Zielgruppe der eigentlichen Nutzniesser der ELG-Anpassung leer ausgeht. Einverständnis erklären kann sich die FDP auch mit der vorgeschlagenen Erhöhung des Mietzinsabzuges wie auch mit der Absicht, das Vermögen stärker in die Berechnung des Einkommens miteinzubeziehen.

### Zustimmung mit Vorbehalten

Zur Revision des Arbeitsvermittlungsgesetzes

Die Absicht, das Bundesgesetz über die Arbeitsvermittlung zu revidieren, wird von der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz begrüßt. In ihrer Vernehmlassungsantwort bringt die Partei allerdings zahlreiche Vorbehalte und Änderungsvorschläge an. Insbesondere wendet sie sich gegen die Tendenz der Verlagerung der Stellenvermittlung auf staatliche Instanzen. Sie anerkennt jedoch, dass die in den vergangenen Jahren eingetretenen Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt es notwendig machen, das bestehende Instrument der Arbeitsvermittlung zu modernisieren und Regelungen für neue Tatbestände zu konzipieren.

Die FDP stellt fest, dass die Arbeitsvermittlung vorrangig eine Angelegenheit der privaten Arbeitsvermittler ist, während auf die öffentliche ein verhältnismässig geringer Anteil des Marktvolumens entfällt. Es ist deshalb für sie fraglich, ob die öffentliche Arbeitsvermittlung, wie aus der Revisionsvorlage hervorgeht, entscheidend zur Schaffung und Erhaltung eines ausgeglichenen Arbeitsmarktes beitragen kann. Eine wichtige Aufgabe der öffentlichen Arbeitsvermittlung sieht die FDP im Schutze der Arbeitnehmer von Missbräuchen. In diesem Sinne begrüsst sie die Einführung einer Regelung über den Personalverleih im neuen Erlass. Sie warnt jedoch davor, dass die Notwendigkeit der Bekämpfung von Missbräuchen zu einer übermässigen administrativen Belastung der privaten Arbeitsvermittlung führt. Sie verlangt deshalb die Vereinfachung der vorgesehenen Regelungen.

### «Gewisses Verständnis»

Stellungnahme zur Revision des Rebbaubeschlusses

Der beantragten Änderung des Bundesbeschlusses über Massnahmen zugunsten des Rebbaus kann die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz ein «gewisses Verständnis» entgegenbringen. Diese Haltung begründet sie in ihrer Vernehmlassungsantwort aus der Einsicht heraus, dass es sich bei der vorgeschlagenen Aufhebung staatlicher Beitragsleistungen an die Kosten der Erneuerung der Rebberge um eine Bagatellschwendung handle. Die FDP fragt sich jedoch, ob überhaupt eine Revision des Bundesbeschlusses

im jetzigen Zeitpunkt zweckmässig ist, da innerhalb der laufenden Geltungsperiode des Beschlusses in die Zweckbestimmung des Rebbaufonds eingegriffen wird und die beantragte Änderung nicht zu einer effektiven Entlastung der Bundeskasse, sondern lediglich zu einer weiteren Aufmung des Rebbaufonds führt. Da jedoch auch grosse Rebbaukantonen dazu übergegangen sind, ohne negative Folgen auf die Ausrichtung von Unterstützungsbeiträgen an die Erneuerung von Rebbergen zu verzichten, kann sich die FDP dem Revisionsbegehren anschliessen.

### Zustimmung mit Einwänden

FDP zum Menschenrechts-Zusatzprotokoll

Der Ratifikation des ersten Zusatzprotokolls zur Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten kann die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz beipflichten. Sie erhebt jedoch zahlreiche Einwände und erwartet, dass der Bundesrat bei einer Ratifikation diese Vorbehalte ausdrücklich anbringt.

Das Protokoll garantiert das Recht auf Achtung des Privateigentums oder – mit anderen Worten – die Eigentumsfreiheit (Artikel 1), das Recht auf Bildung (Artikel 2), und es verpflichtet die Vertragsstaaten, in angemessenen Zeitabständen freie und geheime Wahlen für die gesetzgebenden Organe abzuhalten (Artikel 3).

Der erste Artikel des Protokolls kann nach Meinung der FDP ohne Schwierigkeiten angenommen werden, da die Garantie des Eigentums im schweizerischen Verfassungsrecht über das hinausgeht, was in dieser Bestimmung verlangt wird. Vorbehalte sind gegenüber Artikel 2 anzubringen, da die Rechte der Hochschulkantone nicht nur aus juristischen, sondern auch politischen Gründen sind nach Ansicht der FDP Vorbehalte gegenüber dem dritten Artikel anzubringen, wonach dieser Anwendung finden soll un- wach dieser kantonalen Verfassungsbestimmungen, die das Frauenstimm- und -wahlrecht nicht vorsehen und die die Wahl der Ständeräte oder des Grossen Rates an Landsgemeinden statt an der Urne zum Inhalt haben.

### Gegen zentralistische Lösung

Familienzulagen: FDP für kantonale Variante

Nach Auffassung der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP) besteht kein Anlass, durch ein Bundesgesetz das Familienzulagenwesen zu vereinheitlichen. Dies geht aus der Stellungnahme der Partei im Vernehmlassungsverfahren zu einer Ständesinitiative des Kantons Luzern hervor. Das Projekt einer Bundesordnung wird von der FDP als im Gegensatz zu den Bestrebungen zu einer Aufgabenverteilung zwischen Bund und Kantonen erachtet.

Die FDP plädiert in ihrer Antwort für die Beachtung des Subsidiaritätsprinzips, weshalb sie die Entflechtung der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen für unerlässlich erachtet. Nach Ansicht der Partei soll der Bund nur dort eingreifen, wo anstehende Probleme durch die Kantone nicht selbst gelöst werden können. Die durch das Subsidiaritätsprinzip geforderte Voraussetzung für eine Bundeslösung ist für die FDP im Bereiche der Familienzulagen nicht gegeben. Zudem entsprechen nicht den Erfordernissen, wenn der Bund eine neue Aufgabe übernehme, die bereits von den Kantonen getragen werde. Wohl treffe es zu, dass die kantonalen Familienzulagenordnungen voneinander abweichen; dies sei jedoch Ausdruck unterschiedlicher Verhältnisse und differenzierter Wertungen, was nicht zum vornehmerein negativ zu bewerten sei.

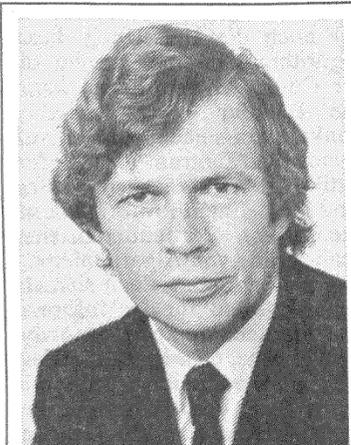
### Geprägt von Stabilität

Staatssekretär Brunner vor dem FDP-Ausschuss für Aussenpolitik

Die schweizerische Aussenpolitik ist geprägt von Stabilität, sie hat sich jedoch im Verlaufe der Zeit den veränderten Gegebenheiten angepasst. Dies erklärte Staatssekretär Edouard Brunner in einem Referat über «Neue Akzente in der schweizerischen Aussenpolitik?» vor dem Ausschuss für Aussenpolitik der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz. Die kantonale Partei der Schweiz, die Gu-Schweiz werde immer wieder um ihre Gu-Dienste angegangen und als neutraler Staat geschätzt, der sich auf allen Seiten viel Vertrauenskapital geschaffen habe. Allerdings sei die diesbezügliche Tätigkeit der Schweiz in der Zeit um und während der beiden Weltkriege intensiver gewesen. Als vielleicht grösstes Problem für die Schweiz und Europa sieht Staatssekretär Brunner den Ost-West-Konflikt, den er für kaum lösbar hält; mit ihm müsse man leben.

In dem neu von Nationalrat Jean-Pierre Bonny (BE) geleiteten Ausschuss kamen auch das Problem bundesrätlicher Stellungnahmen zu Ereignissen im Ausland sowie dessen Appelle an Länder, die im Krieg stehen, zur Sprache. Nach Auffassung von Staatssekretär Brunner tan- gieren solche Erklärungen die Neutralität der Schweiz nicht und werden im Ausland verstanden.

Der FDP-Ausschuss für Aussenpolitik, der Nationalrat Gilles Petitpierre (GE) zu seinem Vizepräsidenten wählte, will sich vermehrt grundsätzlichen Fragen der schweizerischen Aussenpolitik annehmen. Im Vordergrund stehen dabei folgende Themenschwerpunkte: Neutralität, Ost-West-Konflikt, Entwicklungszusammenarbeit, Konsequenzen völkerrechtlicher Verträge auf das schweizerische Recht.



Neues Mitglied des Büros des Nationalrates wurde anstelle des infolge seiner Wahl zum Regierungsrat aus der grossen Kammer ausgeschiedenen Burkhard Vetsch (Balgach SG) der 41jährige Franz Steimegger (Flüelen UR). Er ist lic. iur., Fürsprech und Notar und gehört der Volkskammer seit 1980 an. Zusammen mit dem Tessiner Massimo Pini bildet er die zweiköpfige FDP-Delegation im Büro des Nationalrates. – Das Büro wählt die Kommissionen und Delegationen und teilt ihnen die Geschäfte zu, prüft das Protokoll, ermittelt das Ergebnis der Wahlen und Abstimmungen (die Mitglieder des Büros sind also Stimmzähler) und bereitet die ratseigenen Angelegenheiten vor (Wahlprüfung, Sekretariat, Verfahren usw.).

25 Jahre Schweizerisches Ost-Institut (SOI)

**«Hochs» und «Tiefs» durchlebt**

Eine wechselvolle Geschichte, in der sich das Auf und Ab der Weltgeschichte widerspiegelt, durchlief das Schweizerische Ost-Institut (SOI), das auf eine 25jährige Tätigkeit zurückblicken kann. «Der Freisinn» hat aus Anlass des Vierteljahrhundert-Jubiläums des Bestehens den Leiter des SOI, Dr. Peter Sager, der seit den letzten eidgenössischen Wahlen als Mitglied der SVP-Fraktion dem Nationalrat angehört, gebeten, kurz die Geschichte seiner Institution zu skizzieren sowie deren Tätigkeit zu erläutern.

Gut 36 Jahre liegt der Februar-Umsturz in Prag zurück. Er hatte zu den ersten politischen Demonstrationen der Nachkriegszeit unter schweizerischen Studenten geführt. In Bern wurde dieser Staatsstreich von einigen Kommilitonen zum Anlass eines eingehenden Studiums des Totalitarismus genommen, der in seiner nationalsozialistischen Form knapp drei Jahre zuvor besiegt und überwunden worden war, nun aber in seiner kommunistischen Form neue und kaum geahnte Virulenz bekundete.

**Geblendet vom vorgegebenen sozialen Etikett**

Eine Beschäftigung mit dem Kommunismus drängte sich auf, jedoch anders als jene mit dem Nationalsozialismus, der sich immer schon demokratiefeindlich gegeben hatte, in der kurzen Zeit seiner Herrschaft von 1933 an auf den militärischen Weltkrieg zusteuerte und damit eine eindeutig klare Lage schuf. Moskau dagegen begann eben zur Zeit, als der Westen abrüstete, angebliche «Volksdemokratien» zu errichten und blendete viele Völker mit dem vorgegebenen sozialen Etikett. Eine geistige Auseinandersetzung musste auf sicheren Informationen aufbauen. Doch in der Schweiz gab es weder Fachbibliotheken noch Spezialvorlesungen für Spezialisten. In diese drei Richtungen zielten die Bemühungen der Studentengruppe, die von 1948 bis Ende 1950 durch den «Freien Korrespondenz-Dienst» die Presse mit entsprechenden Artikeln bediente.

**Aussergewöhnliche Bibliothek**

Mitte der fünfziger Jahre waren die materiellen Möglichkeiten der Gruppe erschöpft. Eine Umstrukturierung wurde unumgänglich, und der damalige Bundesrat Markus Feldmann wies den Weg. Nach seinem Tod und mit Hilfe seines Nachfolgers, Bundesrat F. T. Wahlen, konnte 1959 die Stiftung «Schweizerische Osteuropa-Bibliothek» geschaffen werden, die fortan von der öffentlichen Hand subventioniert wurde. Die Stiftung übernahm die Bibliotheksbestände und ist heute mit über 90 000 Titeln eine der vollständigsten Sammlungen über den sowjetischen Totalitarismus.

Gleichzeitig gründeten wir das «Schweizerische Ost-Institut» (SOI) als nicht gewinnstrebige,

Jahr auch die englischsprachige «Swiss Press Review and News Report» für die Dritte Welt herauszugeben. Zwei Jahre später folgten eine spanische und eine französische Ausgabe; von 1966 bis 1970 erschien auch die arabische Version, die erneut seit 1980 im Nahen Osten wirkt. Schliesslich konnte 1975 mit der Herausgabe der «SOI-Bilanz» begonnen werden, einer weltpolitischen Monatsanalyse, die auch dem eiligen Leser Information und Interpretation bietet.

Seit 1958 werden Broschüren und Bücher im eigenen Verlag publiziert und seit 1968 – zusammen mit einem weiten Spektrum fremder Titel – durch die eigene «Buchhandlung SOI» vertrieben.

**Wechselvolle Geschichte**

Das SOI hat als rein private Organisation eine wechselvolle Geschichte hinter sich, die das Auf und Ab der weltpolitischen Lage im Volksverständnis widerspiegelt:

Als nach dem unvergessenen Freiheitskampf der Ungarn das zweite Berliner Ultimatum 1959 drohte, Chruschtschew 1960 die Pariser Konferenz aufliegen liess und 1962 mit der Aufstellung von Raketen auf Kuba die USA unter Druck setzen wollte, stieg die Abonnentenzahl des «Klaren Blicks» auf über 20 000 an.

Aber als sich 1963 die Anzeichen einer Entfremdung zwischen Peking und Moskau zur Gewissheit verdichteten und die USA mit der UdSSR ein Atomtestabkommen unterzeichneten, war in den Augen vieler die Gefahr gebannt, und der Krebsgang des «Klaren Blicks» setzte ein.

Der Wandel vom Nonkonformismus zur Neuen Linken hatte ferner die demokratischen Wertvorstellungen verschoben: Im Zeichen der sich anbahnenden Entspannung schien der totalitäre Stachel gebrochen, zumal 1968 die Tschechoslowakei von Moskau ohne Blutvergiessen an die Kandare genommen werden konnte und der Einmarsch daher rasch vergessen wurde. Mit einer Abonnentenzahl von über 8000 hatte das «ZeitBild» 1978 den Tiefstand erreicht.

Die Aussicht auf wachsende finanzielle Schwierigkeiten des SOI führte 74 Freunde 1966 zur Gründung des «Vereins zur Förderung des Schweizerischen Ost-Instituts». Ihr Ziel war, das SOI mit einer mittleren Zahl mittlerer Beiträge endgültig zu sichern. Jahr für Jahr konnte dieser Förderverein an Mitgliedern zulegen und zählt gegenwärtig über 1600. Ihnen, neben den heute 11 000 Abonnenten des «ZeitBildes», den 2300 Abonnenten der «SOI-Bilanz» und den vielen Spendern, ist das Überleben dieser privaten Institution mit 25 Mitarbeitern



wie eine Stiftung organisierte Aktiengesellschaft mit dem Zweck, die politischen Entwicklungen in den kommunistisch geführten Ländern zu beobachten und die Arbeitsergebnisse den interessierten Kreisen zugänglich zu machen. Als früher Förderer dieser Bestrebungen sei hier auch der Herr Arthur Steiner und Fritz Marbach gedacht.

**Vielfältige publizistische Tätigkeit**

Mit dem im Jahre zuvor als Erster Wissenschaftlicher Mitarbeiter gewonnenen Prof. Dr. Laszlo Revesz wurde im Sinne des genannten Zweckes ab 1958 – neben dem erneut und bis 1978 veröffentlichten «Freien Korrespondenz-Dienst» – eine Übersicht über die osteuropäische Presse und kurz danach ein «Wirtschaftsdienst» herausgegeben, diese beiden bis 1983. Die Hoffnung, mit einer kleineren Anzahl grösserer Abonnementsbeiträge das Institut finanzieren zu können, zerschlug sich rasch. Das führte zur Umkehrung der Idee und zum Versuch, durch die Herausgabe einer Zeitschrift eine grössere Zahl von kleineren Beiträgen zu sichern. Vom Januar 1960 an erschien darum «Der Klare Blick», zehn Jahre später in «ZeitBild» umgetauft.

Der Versuch glückte, und der Erfolg erlaubte uns, im gleichen

**Vernehmlassungsflut belastet Parteien****FDP regt Aussprache an**

Die in jüngster Zeit wiederum feststellbare Häufung von Geschäften, die der Vernehmlassung zugeleitet werden, steht nach Ansicht der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP) nicht im Einklang mit der verschiedentlich geäusserten Absicht des Bundesrates und des Parlamentes, die Gangart zurückzunehmen. Die Partei hat ihr Unbehagen in einem Schreiben an den Bundeskanzler zum Ausdruck gebracht und ange-regt, mit den Generalsekretären der Bundesratsparteien oder allenfalls an einem der regelmässigen Von-Wattenwyl-Gespräche zwischen der Landesregierung und den Spitzen der Bundesratsparteien diesen Problemkreis zu erörtern.

In ihrem Schreiben erinnert die FDP an ihren schon früher mehrmals zum Ausdruck gebrachten Wunsch, die Fristen für Stellungnahmen grosszügi-

ger zu handhaben. Ferner bemängelt sie, dass Geschäfte vom Bundesrat zur Vernehmlassung freigegeben werden, die Unterlagen bei den in Vernehmlassungsverfahren Begrüsseten erst später eintreffen, so dass die Zeitspanne für die Behandlung unrealistisch wird. Fragen stellt die Partei bezüglich der verwal-tungsinternen Gewichtung der eingegangenen Stellungnahmen, da ihres Erachtens die Bedeutung des Absenders zu werten und nicht ein bloss zahlenmässiges Auflisten der Antworten vorzunehmen ist. In ihrer Stellungnahme unterbreitet die FDP, dass sie sich der Bedeutung des Vernehmlassungsverfahrens bewusst sei und sich seit je für den Einbezug der Partei eingesetzt habe. Sie betrachte es als wichtige Aufgabe, möglichst frühzeitig bei Erlassen und politischen Entscheidungen ihren Standpunkt darlegen zu können.

**Delegiertenversammlung der SVFF****Die Frauen des Freisinns und die aktuelle Politik**

Unter der Leitung von Dr. Regula Frei-Stolba versammelten sich die Delegierten der Schweizerischen Vereinigung der freisinnig-demokratischen Frauen (SVFF) im Grossratssaal in Chur zur Jahrestagung. Ein Bericht über diesen Anlass:

Namens der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz entbot Vizepräsidentin Nationalrätin Elisabeth Kopp Grüsse und Wünsche. Die Grüsse der Bündner Regierung überbrachte (FDP-) Regierungsrat Dr. Reto Mengiardi, der unterstrich, dass von den 120 Mitgliedern des bündnerischen Grossen Rates sechs Frauen sind. Er wies auf einige Besonderheiten bündnerischer Politik hin – so vor allem auf die sehr ausgeprägte Gemeindeautonomie –, die sich aus der bewegten Geschichte des Bergkantons heraus entwickelt haben.

**Verstärkte Informationstätigkeit**

Der neue Vorort der SVFF hat – wie die Präsidentin Dr. Regula Frei-Stolba darlegte – sich zum Ziel gesetzt, die Informationstätigkeit nach innen zu vertiefen, nach aussen vermehrt die Meinung der SVFF bei Vernehmlassungen zur Geltung zu bringen und ihre Präsenz in der Presse zu verstärken. Neben den hängigen

eidgenössischen Vorlagen befasst sich die SVFF mit der Behandlung des neuen Eherechts. Die Erarbeitung eines freisinnigen Familienbildes ist an die Hand genommen worden. Koordination des Schulanfanges, die Ehepaar-Besteuerung, die Drogenproblematik, Umweltschutzfragen beschäftigen die SVFF ebenfalls.

**Erweiterung des Vorstandes**

Die Delegierten stimmten einem Antrag auf Erweiterung des Vorstandes von fünf auf sieben Mitglieder zu. Neu in den Vorstand wurden gewählt Erika Burkhalter, Bremgarten, und Marianne Rauber, Brugg, und anstelle der kürzlich verstorbenen Kassierin Liselotte Lübke Menga Bühler, Luzern. In kompetenter Weise nahm Dr. Stephanie Mörikofer zur Initiative «Recht auf Leben» Stellung. Sie plädierte auf Ablehnung sowohl der Initiative als auch des Gegenvorschlages des Bundesrates. Die definitive Stellungnahme der SVFF wird jedoch erst an einer späteren Versammlung gefasst.

zur Stärkung der offenen Gesellschaft zu verdanken.

**Ein schweizerisches Wunder?**

Ein solches Wunder – und als das darf dieses Überleben bezeichnet werden – ist wohl nur in der Schweiz möglich, in einem Land, wo der Bürger im Durchschnitt durch ein stärkeres weltpolitisches Interesse und ein wacheres staatsbürgerliches Bewusstsein als anderswo geprägt ist.

Als Voraussetzung dauerhafter tragfähiger Unterstützung wurde vom SOI eine geistige Konzeption erarbeitet, die auf emotionelle Losungen und Propaganda ebenso verzichtet, wie sie sich um eine auf zuverlässige Informationen abgestützte rationale Kritik vornehmlich des sowjetischen Totalitarismus bemüht. Auf eine kurze Formel gebracht, besteht diese Konzeption im Postulat einer offenen Gesellschaft für jedes Land und jedes Volk, wobei jeder Glaubensinhalt zuzulassen ist, zugleich aber jeder Versuch zur gewaltsamen Durchsetzung eines Glaubensinhaltes konsequent bekämpft werden muss. Diesen Weg verfolgt das SOI auch weiterhin mit mutiger Entschlossenheit und heiterer Gelassenheit.

**Dauernde finanzielle Sorgen**

Der Wunsch nach vertieftem Wirken nach aussen und damit nach den hierfür benötigten Mitteln zwingt das SOI, sich ständig um einen engen Kontakt mit den interessierten Kreisen zu bemühen. In die Werbung von neuen Abonnenten und Mitgliedern des Fördervereins müssen wir deshalb immer wieder viel Kraft und Zeit investieren. Das bewahrt uns vor dem Elfenbeinturm akademisch-esoterischer Arbeit. Den dauernden finanziellen Sorgen als Nachteil steht indes die völlige Unabhängigkeit des SOI als unschätzbare Vorteil gegenüber.

Aus der Zielsetzung des SOI ergibt es sich, dass den auf sorgfältige Analysen abgestützten Prognosen weltpolitischer Entwicklungen eine besondere Bedeutung als Grundlage westlichen Verhaltens zukommt. Die erwähnte geistige Konzeption hat wesentlich dazu beigetragen, dass das SOI über mehr als ein Viertel-

jahrhundert hinweg zu seinen Analysen und Prognosen stehen kann. Grobe Fehleinschätzungen konnten vermieden werden, und

**SOI-Veröffentlichungen**

- *ZeitBild; Zweiwochenzeitung*
- *Etudes politiques, 10mal jährlich*
- *SOI-Bilanz, monatlich*
- *Swiss Press Review*
- *Revue de la Presse Suisse*
- *Revista de la Prensa Suiza*
- *Nashrat as-Sahata as-Swissaria*
- *Verlag (u. a. Taschenbuchreihe «Tatsachen und Meinungen»)*
- *Mitteilungsblatt für die Freunde des SOI*

Schweizerisches Ost-Institut (SOI), Jubiläumsstrasse 41, 3005 Bern

wo sich ab und zu kleinere doch einstellen, sind sie im Lichte der Verhaltensregel zu sehen, dass man stets auf das Schlimmere vorbereitet sein soll und das Bessere nur erhoffen darf.

SBG Ihre Bank mit Rat und Tat.

**Höherer Ertrag mit sicheren Wertpapieren!**

Der Rat:

Wenn Sie auf längere Sicht sparen, dann ist es wichtig, einen Teil der Ersparnisse in absolut sicheren und höher verzinslichen Wertpapieren anzulegen.

Die Tat:

Sparen Sie mit Kassenobligationen der Bankgesellschaft. Unser Kassier erklärt Ihnen gerne die Vorteile und berät Sie, wieviel Ihrer Ersparnisse Sie am besten in Kassenobligationen anlegen.



**Boesch**  
Gartenbau 01 53 04 80  
Grün statt Grau durch Boesch Gartenbau

Vor dem 23. September

## Pro und contra

Die Schweiz steht vor einer bedeutsamen energiepolitischen Auseinandersetzung: Am 23. September haben sich Volk und Stände an der Urne sowohl über die Initiative «für eine Zukunft ohne weitere Atomkraftwerke» (Atom-Initiative) wie das Volksbegehren «für eine sichere, sparsame und umweltgerechte Energieversorgung» (Energie-Initiative) auszusprechen.

Während die Befürworter der beiden Vorstösse diese als «volkswirtschaftlich vernünftig, energiepolitisch sinnvoll und ökologisch dringend nötig» bezeichnen, sehen die Gegner bei einer Annahme der beiden Initiativen «die Versorgung unseres Landes mit Elektrizität längerfristig nicht mehr sichergestellt, was unsere Wirtschaft in grosse Schwierigkeiten bringen, ganze Produktionsanlagen stilllegen und die Konkurrenzfähigkeit auf den internationalen Märkten beeinträchtigen würde und Arbeitsplatzverluste zur Folge hätte». Die FDP der Schweiz wird ihre Abstimmungsempfehlungen an einer ausserordentlichen Delegiertenversammlung am 25. August in Bern fassen. Die freisinnig-demokratische Fraktion der Bundesversammlung hatte sich praktisch geschlossen gegen die beiden Initiativen ausgesprochen.

Nachdem in der letzten «Freisinn»-Ausgabe der Inhalt und die Vorgeschichte der beiden Volksbegehren beleuchtet wurden, folgen nun Pro- und Contra-Stellungnahmen. Es äussern sich zu vier gleichlautenden Fragen (in alphabetischer Reihenfolge): Prof. Dr. Hans Ch. Binswanger, Mitglied des Ausschusses für Energiepolitik der FDP der Schweiz, St. Gallen; Dr. Jörg Bucher, Präsident des Verbandes schweizerischer Elektrizitätswerke (VSE), Direktor der Centralschweizerischen Kraftwerke (CKW), Luzern; Gertrud Erismann-Peyer, FDP-Kantonsrätin, Küssnacht ZH; Dr. Ursula Koch, SP-Kantonsrätin, Co-Initiantin der beiden Initiativen, Zürich; Elisabeth Kopp, FDP-Nationalrätin, Zumikon ZH; PD Dr. Fritz Pieth, FDP-Grossrat, Basel; Dr. Georg Stucky, FDP-National- und Regierungsrat, Baar ZG.

### Stete Zunahme des Stromverbrauchs

Der Endverbrauch von Strom stieg in der Schweiz 1983 gegenüber dem Vorjahr um 3,4% von 36,7 auf 37,9 Milliarden Kilowattstunden (Mia. kWh). In den letzten sieben Jahren (1976-1983) betrug die durchschnittliche jährliche Stromverbrauchszunahme 3,5%. Diese Zunahme von 3,5% entspricht genau den Prognosen des 1979 erstellten 6. Zehn-Werke-Berichtes der Elektrizitätswirtschaft. Überdurchschnittlich war die Stromverbrauchszunahme, wie bereits in den Vorjahren, mit 4,8% im Sektor Haushalt. In den Sektoren Gewerbe, Dienstleistungen und Landwirtschaft betrug die Steigerung 4,7%, und in der Sparte Verkehr (Bahnen) wurden letztes Jahr 2,0% mehr Elektrizität verbraucht. Der Pro-Kopf-Verbrauch in der Schweiz liegt nun bei 5860 kWh gegenüber 5680 kWh des Vorjahres. Im einzelnen Haushalt wurden im Mittel 4020 (Vorjahr: 3890) kWh benötigt.

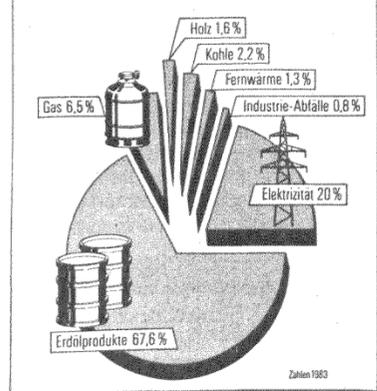
Die Landeserzeugung von Elektrizität (netto, ohne Speicherpumpen) sank gegenüber 1982 geringfügig um

0,6% auf 50,5 (50,8) Mia. kWh. Diese Minderproduktion ist ausschliesslich auf die witterungsbedingte, mässige Wasserführung der Flüsse während des trockenen Sommers zurückzuführen. An der gesamten Elektrizitätserzeugung ist die Wasserkraft gegenwärtig mit fast 69% beteiligt, auf die Kernkraftwerke entfallen rund 29%, und die restlichen 2% stammen aus ölthermischen Kraftwerken.

Auch im abgelaufenen Geschäftsjahr erzielten die inländischen Kraftwerke gesamthaft gesehen Stromproduktionsüberschüsse, die ins Ausland exportiert wurden. Der Exportsaldo verminderte sich allerdings um 14,6% auf etwas über 9,2 (10,8) Mia. kWh. Von den gesamten Exportüberschüssen entfielen mehr als 90% auf das verbrauchsarme Sommerhalbjahr. Demgegenüber erforderten die trockenen Monate November und Dezember Stromimportüberschüsse von insgesamt 660 Mio. kWh. Trotz Vollastbetrieb aller vier Schweizer Kernkraftwerke - sie trugen in diesen beiden Monaten mit über einem Drittel zur Strombedarfsdeckung bei - war die gesamte Inlanderzeugung nicht in der Lage, den wegen der relativ kalten Witterung sehr stark angestiegenen Strombedarf zu decken.

Die Schweiz deckt gegenwärtig noch immer über zwei Drittel ihres Energiebedarfs mit Erdöl. Immerhin zeigt die Statistik, dass seit der ersten Erdölkrise vor gut zehn Jahren der Anteil des «schwarzen Goldes» am gesamten Energieverbrauch von damals fast 80% auf heute rund 68% sank. Diese Entwicklung ist vor allem dem Umsteigen der Bevölkerung und der Wirtschaft auf andere Energieträger (Substitution) zuzuschreiben: so stieg der Stromanteil von rund 15% (1973) auf 20% und derjenige vom Gas von 1,6% auf 6,5%.

### Welche Energien brauchen wir?



Hans Ch. Binswanger



Jörg Bucher

Warum sind Sie für oder gegen die Atominitiative?

Ich bin für die Atominitiative aus bürgerlicher Sicht, weil die Atomkraft sich immer mehr als ein nicht marktkonformer Energieträger erweist (Notwendigkeit des Bedarfsnachweises, starke staatliche Kontrollen, Fernwärmenetze mit Anschlusszwang, versteckte Subventionen von Elektroheizungen durch verbilligte Nachtstarife, halbstaatliche Organisationen der Elektrowirtschaft mit Monopolcharakter). Ausserdem stellen die ökologischen und ökonomischen Risiken eine Gefahr dar, für die wir die Verantwortung im Blick auf die kommenden Generationen nicht übernehmen können.

Ich bin gegen die Atominitiative, weil sie

- nicht nur den Bau neuer Kernkraftwerke verhindern will, sondern den Abbruch der fünf bewährten Kernkraftwerke zu Beginn des kommenden Jahrhunderts verlangt;
- damit künstlich eine Versorgungslücke in der Grössenordnung von rund 20 000 GWh (=75mal Jahresstromverbrauch der Stadt Luzern!) schafft;
- damit die Stromkosten unnötigerweise in die Höhe treibt (künstliche Mangellage!), die Wettbewerbsfähigkeit der schweizerischen Wirtschaft gefährdet und unsere Auslandsabhängigkeit drastisch erhöht.

Warum befürworten oder lehnen Sie die Energieinitiative ab?

Ich befürworte die Energieinitiative, weil sie eine notwendige Voraussetzung dafür ist, um zu jedem Zeitpunkt genügend Energie zu ökologisch und ökonomisch zu verantwortbaren Bedingungen zur Verfügung zu stellen. Sie erfasst alle Energieträger und verfälscht daher nicht den Wettbewerb.

Ich bin gegen die Energieinitiative, weil

- sie eine Utopie vom «einfachen Leben» vorgaukelt und damit den Stimmbürger irreführt;
- eine Annahme die Marktwirtschaft in Frage stellen und direkt zur Planwirtschaft führen müsste;
- mit einer massiven Besteuerung der Energieträger eine staatliche Lenkung der Energiewirtschaft angestrebt wird;
- man mit einem aufgeblasenen Beamtenapparat eine Flut von Vorschriften für jeden Einzelnen und die Wirtschaft schaffen und mit Geboten und Verboten von Staates wegen Einfluss auf den Gang der Wirtschaft nehmen will;
- die angestrebte Umverteilungsfunktion direkt in die Entscheidungsfreiheit der Unternehmen eingreift, diese zwingt, Kapazitäten ins Ausland zu verlegen, womit die Zahl der Arbeitsplätze direkt gefährdet ist.

Welche Wege zur langfristigen Sicherung der Energieversorgung der Schweiz sehen Sie?

Vom schweizerischen Endenergieverbrauch werden inklusive AKW Leibstadt ca. 7% durch Atomstrom gedeckt. Ein grosser Teil davon wird exportiert. Durch Energieeinsparungen einerseits und durch vermehrte Strom- und Wärmeproduktion in Blockheizkraftwerken bessere Nutzung der bestehenden Wasserkraftwerke, dezentralisierte Nutzung der Sonnenenergie und Biogas andererseits, lässt sich gemäss «Studie infras» der Endenergieverbrauch von 1980 bis zum Jahr 2020 um ca. 25% senken, speziell auch im Bereich der Elektrizität, so viel als für die Einsparung des Atomstroms in 40 Jahren nötig sein wird.

Um die Energieversorgung der Schweiz sicherzustellen, braucht es

- den Einsatz aller Energieträger in einem ausgewogenen Ausmass (inkl. sogenannter neuer Energien);
- günstige Rahmenbedingungen für die Wirtschaft und den Einzelnen (Abschreibungen, Steuern), um die Aktivität der vielschichtigen Sparanstrengungen aufrechtzuerhalten;
- die Sicherstellung der notwendigen Produktionskapazität für die Erzeugung von Elektrizität, was auf Jahre hinaus nur durch die sichere und umweltfreundliche Kernenergie möglich ist.

Die offiziellen Prognosen gehen von einer weiteren Zunahme des Elektrizitätsverbrauchs aus. Wie wollen Sie diesen Ausbau sicherstellen?

Die offiziellen Prognosen gehen aus von der allmählichen Monopolisierung des Wärmemarktes durch die Kernenergie. Die Möglichkeiten des Energiesparens und der besseren Nutzung der erneuerbaren Energien werden gleichzeitig unterschätzt. Darum geht es nicht um den Ausbau der Elektrizität, sondern um die Sicherung des gegenwärtigen Verbrauchsniveaus. Dieses Ziel kann durch Annahme der Energieinitiative erreicht werden. (Vgl. Antwort auf Frage 3).

Alle Prognosen gehen davon aus, dass der Bedarf an elektrischer Energie in Zukunft steigen wird (Substitution von Öl, Zunahme des Dienstleistungssektors, Umweltschutzmassnahmen, Unterstützung der sogenannten neuen Energien), während der Gesamtenergieverbrauch einer gewissen Sättigungsgrenze entgegengehen könnte. Da ein weiterer Ausbau der Wasserkraft mit Rücksicht auf die Umwelt kaum mehr viel bringen kann und neue Anlagen nur wenig zusätzliche Winterenergie erzeugen würden, sind wir nebst der Förderung der sogenannten neuen Energien auf die Kernenergie angewiesen, wenn wir die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft und den Wohlstand jedes Einzelnen erhalten wollen.



Gertrud Erismann-Peyer



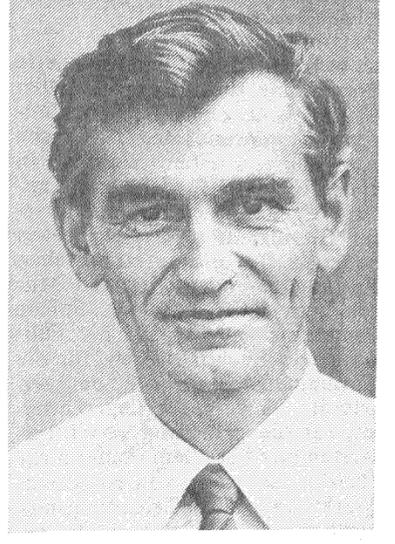
Ursula Koch



Elisabeth Kopp



Fritz Pieth



Georg Stucky

Es ist unsinnig, auf Verfassungsebene eine Energieart für alle Zeiten auszu-schliessen, ohne dass eine zweckmässige Alternative vorhanden ist. Die Vorschrift, dass auch die bestehenden Kernkraftwerke nicht erneuert werden dürfen, widerspricht jedem vernünftigen wirtschaftlichen Denken. Eine technische Notwendigkeit, diese Anlagen stillzulegen, besteht nicht. Trotzdem reden die Initianten von einer «atomstromfreien Schweiz» ungefähr im Jahr 2015. Wir dürfen den kommenden Generationen nicht die Zukunft verbauen.

Die Atominitiative stellt sicher, dass die Atomenergie Übergangsenergie bleibt. Ein Festhalten an der Atomenergie verhindert die Innovation modernerer und flexiblerer Lösungen. In den USA ist die Atomenergie vor allem aus ökonomischen Gründen schwer angeschlagen. Anlagebetreiber warnen dort ihre Kunden vor Investitionen in die Atomtechnologie als einen sterbenden Industriezweig. Ungelöste Atommüll- und Abbruchprobleme, Sicherheitsrisiken, grosse Strahlenverseuchung in der Umgebung der Wiederaufbereitungsanlagen in Windscale und La Hague und geringe Akzeptanz in der Bevölkerung schaffen mehr Probleme, als die Atomenergie zu lösen vermag. Deshalb soll sie Übergangslösung sein.

Im heutigen Zeitpunkt kann auf die Option Kernkraft nicht verzichtet werden. Die Atominitiative will nicht nur den Bau künftiger KKW, sondern auch den Ersatz bestehender Anlagen (!), die bereits heute rund einen Drittel der elektrischen Energie produzieren, verhindern. Kernkraft ist zudem die umweltfreundlichste Art, Wärme und Strom zu produzieren. Kernkraft substituiert auch Öl, das, im Gegensatz zu Uran, für die Erstellung zahlreicher Produkte unentbehrlich ist.

Der Atominitiative stimme ich überzeugt und engagiert zu, ohne mich mit den widerlichen gegenseitigen Verunglimpfungen zu identifizieren. Die Initiative fordert einen vorläufigen Einhalt, der angesichts der Flut sich widersprechender Behauptungen und Beweisführungen dringend geboten ist. Wir wollen unseren Nachkommen doch keine existentielle Bedrohung hinterlassen und ihnen verhängnisvolle Abhängigkeiten zumuten. Mit der Initiative wird auch der von der Bevölkerung und deren Behörden bitter erkämpfte Bau des Atomkraftwerks Kaiseraugst mit seinen überhaupt nicht vertretbaren Standort verunmöglicht.

Die Schweiz würde von der Atomtechnologie endgültig «abgekoppelt». Die Forschung auf nuklearem Gebiet würde bald zum Erliegen kommen, denn weder Hochschulen noch Wirtschaften werden nach etwas forschen, was sie im eigenen Land nicht mehr anwenden können. Mit der Kernfusion lässt sich das weltweite Energieproblem für immer lösen – nur in der Schweiz nicht! Wo stände unser Land, hätte man vor 150 Jahren die Dampfturbine verboten? Wie sollen die 30 Prozent Elektrizität produziert werden, die nach Stilllegung der bestehenden KKW in absehbarer Zeit ersetzt werden müssen?

Eine überdimensionierte staatliche Bürokratie und ein enormer Beamtenapparat, wie ihn die Energieinitiative mit sich brächte, hat noch nie wirtschaftlich zweckmässige Lösungen gebracht. Vor allem die von den Initianten verlangte massive Lenkungssteuer auf einzelnen Energieträgern widerspricht marktwirtschaftlichen Grundsätzen. Sie belastet zudem einseitig die Wirtschaft und verschlechtert damit zusätzlich unsere Konkurrenzfähigkeit auf den internationalen Märkten.

Die Energieinitiative stellt die dringend nötigen Instrumente bereit, damit die Energie endlich besser genutzt wird. Nach den Prognosen der Eidgenössischen Energiekommission (April 1984) soll – unter Ausschöpfung bestehender rechtlicher Grundlagen – der Energieverbrauch bis zum Jahre 2000 um 50%, der Stromverbrauch um 42% und der Erdölverbrauch gar um 54% wachsen. Von Sparen und Substituieren also keine Rede! Nur die Verschwendung geht weiter. Dies ist aus ökologischer und ökonomischer Sicht höchst gefährlich. Die Energieinitiative garantiert eine sichere, sparsame und umweltgerechte Energieversorgung und mehr Unabhängigkeit vom Ausland.

Ich bin gegen eine allgemeine Energiesteuer, weil sie für unsere Wirtschaft nicht tragbar ist. Richtig wäre eine Abgabe auf fossilen Brennstoffen. Vorläufig möchte ich selber bestimmen, was «Lebensqualität» ist. Wer soll das steuerfreie «Grundbedürfnis» festlegen? Das Sparpotential bei der Elektrizität ist beschränkt. Zusammengefasst: Was an der Initiative neu ist, ist nicht gut, und was gut ist, ist nicht neu.

Die Energieinitiative zwingt unsere Konsumgesellschaft endlich zum Umdenken. Wir können es uns einfach nicht mehr leisten, die Umwelt kaputt zu machen und gedankenlos die lebenswichtigen Rohstoffe zu verschwenden. Auf meiner gegenwärtigen Reise durch die Vereinigten Staaten beeindruckt es mich zutiefst wie bewusst man hier nach schrecklichen Fehlern von den atomaren Anreizen täglicher Energieverschwendung Abstand nimmt. Die Schweizer Initiative zeigt Wege auf, wie wir verantwortungsbewusst unsere unabhängigen, landeseigenen und erneuerbaren Umwelten nutzen können.

Sie bringt die Planwirtschaft, denn der Staat bestimmt, was «Lebensqualität» ist, welche «wichtigen Grundbedürfnisse» gedeckt werden sollen. Er teilt mit andern Worten die Energie zu und nimmt damit einen zentralen Einfluss auf den Gang der gesamten Wirtschaft. Die Initiative bringt schon wieder eine neue Steuer unbekanntem Ausmasses, die für Streusubventionen verwendet werden soll, die ihrerseits wieder einen Ausbau der Staatsverwaltung bedingen.

Das weitgehend marktwirtschaftliche System der schweizerischen Energieversorgung hat sich bewährt. Es besteht kein Grund, davon abzuweichen. Die Abkehr von der einseitigen Erdölabhängigkeit hat sich über den Preis angebahnt. Sie darf nicht durch unsinnige neue Vorschriften behindert werden. Die von den Initiativen angestrebte Stromknappheit führt zu einem Wideranstieg des Erdölverbrauchs. Langfristig ist eine sichere Energieversorgung nur möglich, wenn alle Energiequellen genutzt werden können.

Aus ökologischer Sicht ist es dringend nötig, mit der Energie sparsam umzugehen. Die gesparte Energie ist meist auch die billigste. Mit neuen rechtlichen Grundlagen, wie die Verpflichtung zur optimalen Wärmedämmung von Alt- und Neubauten, Einführung der individuellen Heizkostenabrechnung, Wirkungsgradverbesserungen von Anlagen, Maschinen und Geräten, lässt sich der Energieverbrauch stabilisieren und langfristig sogar senken. Zudem könnten mit diesen Massnahmen viele Arbeitsplätze – vor allem im Gewerbe – neu geschaffen werden. So lässt sich die Energieversorgung langfristig sichern, und die Umwelt und die Ressourcen werden geschont, zugunsten unserer Nachkommen.

Diversifizierung der Energieträger. Vermehrte Ölsubstituierung (Heizung und Warmwasseraufbereitung im Sommer). Vertragliche Sicherstellungen. Ausschöpfung aller Sparmöglichkeiten. Verbot beziehungsweise massive Einschränkung spezieller «Energiefresser» (Ölheizung für Freibäder, Wärmehänge). Bessere Nutzung bestehender Wärmequellen wie Wasser, Luft, Sonne sowie wärmeproduzierender Anlagen. Einsatz von Methoden zur rationelleren Energieverwendung und Erforschung neuer und regenerierbarer Energien.

Nachdem sich der Energiebedarf in den letzten zehn Jahren überhaupt nicht wesentlich verändert hat, ist es unverständlich, mit Mammutprojekten und ungesicherten Giftdeponien «vorzusorgen». Die Studie des im Auftrage des Bundesamtes für Energiewirtschaft im Frühjahr 1984 erstellten Gutachtens zeigt, dass wir mit dem nötigen Verantwortungsbewusstsein jedes Einzelnen und des von der Energie abhängigen Industrien ohne Einbussen auf Jahrzehnte hinaus auskommen. Gleichzeitig schaffen wir Arbeitsplätze, Dienstleistungen und neue Berufszweige. Unsere Ressourcen reichen ohne Öl längstens aus, wenn wir nur die Elektrizität nicht unnötigerweise als Heizstrom verwenden.

Wir brauchen alle Energien, auch die Atomenergie. In einer freien Wirtschaft regelt namentlich der Preis den Verbrauch. Energie sparen ist seit einem Jahrzehnt wirtschaftlich; die Industrie hat das schon längst gemerkt. Die Kantone können insbesondere diese Sparmassnahmen unterstützen. Der Bund verfügt heute überdies über viele Kompetenzen im Energiesektor, neue Eingriffsmöglichkeiten braucht er nicht, wenn es um sinnvolle Massnahmen zum Energiesparen geht. Schliesslich soll auch die Selbstverantwortung unserer Bürger noch zum Tragen kommen.

Der Ausbau der Stromproduktion ist kurz- und mittelfristig nur durch die Erstellung eines weiteren Kernkraftwerkes möglich, sind doch die Wasserkraftwerke in unserem Land weitestgehend genutzt. Die Nutzung anderer Quellen für die Elektrizitätsproduktion (Sonne, Erdwärme usw.) vermag in absehbarer Zeit keinen entscheidenden Beitrag an die Stromversorgung zu leisten. Kohle als Alternative erscheint aus Gründen der Umweltbelastung wenig zweckmässig. Strom ist aber nötig für viele zweckmässige Energiesparmassnahmen.

Im Bedarfsnachweis für Kaiseraugst schreibt der Bundesrat, dass bis zum Jahre 2000 4-4,5% des Erdöls ersetzt werden könnten, wenn bis dann etwa 300 000 Wohnungen elektrisch beheizt würden. Verzichtet man aber auf neue Elektroheizungen, ist der Bedarf für neue Atomkraftwerke nicht gegeben. Bis zum Auslaufen der Atomenergie in etwa 40 Jahren können modernere Produktionsmethoden (Solarstrom, Wärme-Kraft-Kopplung, Wasserstofftechnologie und Wirkungsgradverbesserungen bestehender Wasserkraftwerke) den Atomstrom überflüssig machen. Diese sowie in der Schweiz noch kaum ernsthaft angepackte Elektrizitätssparmassnahmen garantieren eine sichere Stromversorgung.

Sicher nicht mit Wasserkraftwerken in bisher unberührten Berggegenden! Das wäre weder vom landschaftlichen noch vom wirtschaftlichen Gesichtspunkt her zu vertreten. Solange die Schadstoffe der fossilen Energieträger inkl. CO<sub>2</sub> (!) nicht eliminiert werden können, ist bis auf weiteres die Kernenergie die mit am wenigsten nachteiligen verbundene Lösung und zur Bedarfsdeckung heranzuziehen.

Die Prognosen treffen nur zu, wenn wir tatsächlich nicht in der Lage sind, unser Verhalten angesichts der fortschreitenden Umweltzerstörung zu verändern. Es widerspricht mir, ihnen zu folgen, solange sie von den Menschen keinerlei Umstellungen abverlangen. Sie beziehen sich auf ein fragwürdiges Wirtschaftswachstum, das am Ende seiner teuflischen Spirale die Heimat im Ruin hinterlässt. Nachdem feststeht, dass der Energieverbrauch seit 1974 kaum zugenommen hat und auf lange Zeit hinaus gesichert ist, könnten wir mit den herkömmlichen billigeren Energiequellen sogar noch ein massvolles Wachstum des Bedarfs spielend verkraften.

● Weiteres KKW in den neunziger Jahren (ein KKW nur zur Fernwärmeerzeugung lehne ich dagegen ab).  
● Qualitative Nutzungsoptimierung bei den Wasserkraftwerken.

Fortsetzung von Seite 1

tet werden. Dies sind komplizierte Programme, die den individuellen Bedürfnissen eines Betriebes angepasst werden können. Solche Anpassungsarbeiten werden in vielen Fällen in Zukunft von Leuten vorgenommen, die eine unserer Berufslehren abgeschlossen haben, z. B. von kaufmännischen Angestellten oder leitenden Mitarbeitern im Handwerk. Solche Programme gibt es für die Führung von Buchhaltungen, für die Zusammenstellung des Backzettels des Bäckers, für Lagerkartieren, für die Erfassung von Messwerten und vor allem immer mehr für die Steuerung von Robotern, Werkzeug- und Zeichnungsmaschinen.

### Der Computer und unsere Gesellschaft

Unter Informatik-Unterricht kann somit ganz Verschiedenes verstanden werden, nicht zuletzt auch die Behandlung von Fragen über die Auswirkungen der Computer auf unsere Gesellschaft

oder Fragen ihres menschenrechtlichen Einsatzes. Angesichts der beschränkten Zeit, die an Berufsschulen zur Verfügung steht, müssen wir uns den Inhalt des Informatik-Unterrichts genau überlegen! In welchen Fächern beispielsweise soll die Informatik behandelt werden? In der eidgenössischen Berufsbildungskommission des Biga werden zurzeit diese Fragen näher studiert, anschliessend werden die Kantone sich überlegen müssen, wie sie vorgehen wollen.

Was ganz allgemein den Unterricht in Informatik an unseren Berufsschulen betrifft, muss versucht werden, die an unsere Berufsschulen herangetretene Herausforderung anzunehmen, um diese zugunsten unserer Lehrlinge und der Wirtschaft zu bewältigen.

Sicher ist der Informatik-Unterricht auch geeignet, die Attraktivität unserer Berufsschulen zu steigern und unseren Jugendlichen verbesserte Chancen zu bieten, in zeitgemässe interessante Berufe einzusteigen.

### Die FDP zur Tempodiskussion Begründung des Entscheides

Gegen die Herabsetzung der allgemeinen Höchstgeschwindigkeit auf 80/100 hat sich die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) ausgesprochen. Sie verlangt jedoch, dass im Bereiche des Motorfahrzeugverkehrs Schritte getan werden, die eine entscheidende Reduktion des Schadstoffverbrauches bewirken. Als geeignete Massnahme bezeichnet die Partei die mit bleifreiem Benzin verbundene Anwendung der Katalysatorteknik. Dies geht aus der Stellungnahme der FDP im laufenden Vernehmlassungsverfahren hervor. Der Delegiertenrat der Partei lehnte mit 18 zu 13 Stimmen eine zeitlich befristete Herabsetzung der Geschwindigkeit ausserorts und auf Autobahnen ab.

In ihrer Stellungnahme hebt die FDP hervor, dass durch die Einführung einer für viele fragwürdigen Sofortmassnahme der Wille und die Bereitschaft erlahmen könnten, mittel- und langfristige die von ihr geforderten wesentlich wirksameren Schritte durchzusetzen. Zudem werde

ein solcher Beschluss als ein unverhältnismässig grosser Eingriff in die persönliche Freiheit erachtet. Es wird auch der Befürchtung Ausdruck gegeben, dass ein Entscheid auf Herabsetzung der Geschwindigkeit den Föderalismus einer Zerreihsprobe aussetze und einen Graben zwischen den Landesteilen aufreisse.

In ihrer Verlautbarung, in welcher sie eine bessere Kontrolle der Höchstgeschwindigkeit schwerer Motorfahrzeuge verlangt, bringt die FDP in Anbetracht der starken Minderheit in der Partei auch deren Ansicht zur Darstellung. Danach stellt im Bereich Verkehr eine Temporeduktion die einzig wirksame Sofortmassnahme dar, welche keine ins Gewicht fallende Einschränkung der Mobilität des Einzelnen zur Folge hat und eine Entlastung der Luft von Schadstoffen (insbesondere Stickoxide) erwarten lässt. Bei geringerer Geschwindigkeit nehmen zudem Unfallrisiko, Lärmbelastung und Treibstoffverbrauch ab.

### Verfehltes Eherecht?

Dem neuen Eherecht droht das Referendum. Die Vorlage soll, in der bevorstehenden Septembersession von beiden Räten verabschiedet werden. Ein Komitee, dem namhafte (männliche) Parlamentarier angehören, bereitet gegenwärtig (also noch bevor die Vorlage die eidgenössischen Räte passiert hat) das Referendum dagegen vor. «Der Freisinn» hat den Sekretär des Aktionskomitees «gegen ein verfehltes Eherecht», Peter Platzer, gebeten, die Argumente gegen das neue Eherecht zusammenzufassen, während FDP-Nationalrätin Vreni Spoerry-Toneatti (Horgen ZH) erläutert, weshalb das Geschäft zu begrüssen ist:

#### Pro

Das heute geltende Ehe- und Güterrecht war für die Zeit seiner Entstehung ein weitschauendes, klares und für die Frau aus der Sicht der damaligen Gesellschaftsstruktur grosszügiges und fortschrittliches Gesetz. Das ändert jedoch nichts an der Tatsache, dass es den heutigen jungen Frauen nicht mehr zugemutet werden kann, sich mit dem Abschluss der Ehe einem Gesetz zu unterstellen, das für ihre Grossmütter und Urgrossmütter zugeschnitten war, das sie in ihrer finanziellen Verfügungsfähigkeit empfindlich einschränkt und alle wichtigen Entscheide in die Hände des Mannes legt, der zudem die Verwaltung und Nutzung des ehelichen Vermögens und Einkommens alleine ausübt, ohne seiner Frau darüber vollumfänglich Auskunft geben zu müssen.

Wenn hier das neue Gesetz den Partnern die gleichen Rechte einräumt, so ist das nicht «ehefeindlich», sondern im höchsten Masse ehefreundlich. Die wirtschaftliche Besserstellung der Frau im Güter- und Erbrecht ist nicht familienfeindlich. Ganz im Gegenteil: Es ist die gesetzliche Anerkennung hausfraulicher und mütterlicher Pflichten, die als Beitrag zur Ehegemeinschaft dem Geldverdienenden gleichgestellt werden.

Die Anpassung der güterrechtlichen Ansprüche der Frau an jene des Mannes sowie der Ausbau der erbrechtlichen Ansprüche beider Partner gegenüber ihren Nachkommen

können in Gewerkekreisen gewisse Probleme bei der Übernahme des Geschäftes durch Kinder ergeben. Das neue Gesetz ist deswegen aber nicht unternehmerfeindlich. Es lässt in Würdigung dieses Aspektes alle ehevertraglichen und testamentarischen Möglichkeiten offen, um Lösungen zu treffen, die dem heutigen Zustand entsprechen. Zudem ist es allen bereits verheirateten Eheleuten unbenommen, sich mit einer einfachen Erklärung dem heute geltenden Güterrecht zu unterstellen.

Wir machen ein Gesetz für die junge Generation, deren selbständige, gut ausgebildete Frauen zu Ehe und Familie mit Sicherheit überzeugter Ja sagen können, wenn sie dabei als gleichberechtigte Partner ernst genommen werden und ihr wichtiger Einsatz für Haushalt und Kinder die angemessene gesetzliche Würdigung findet.

Vreni Spoerry-Toneatti

#### Contra

Das heutige Eherecht muss verbessert werden. Den gewandelten Verhältnissen und der Gleichberechtigung der Ehepartner ist Rechnung zu tragen. Dabei müssen die im geltenden Eherecht vorgesehenen Bevormundungen des Mannes über die Frau entfallen (Verwaltung des Frauengutes durch die Frau, keine Bevormundung der Ehefrau bei Rechtsgeschäften usw.).

Das neu geplante Eherecht hat sich allzu sehr von fragwürdigen Ideologien leiten lassen. Statt sich auf die notwendigen Änderungen und Anpassungen

zu beschränken, wurden zahlreiche Postulate aufgenommen, die gemeinschaftsgefährdend und familienfeindlich sind und an der Lebenswirklichkeit vorbeischiessen. Der Schutz des Einzelinteresses ist vielerorts über das Gesamtinteresse der Ehe und Familie gestellt worden. Kennzeichnend sind folgende Beispiele: Mutter, Vater und Kinder müssen in Zukunft nicht den gleichen Namen tragen; die Notwendigkeit eines gemeinsamen Wohnortes im Interesse der Familie ist nicht mehr gegeben usw.

Das geplante neue Eherecht macht den Richter zum Oberhaupt der Familie. Nicht weniger als 23 (!) Mal wird er bemüht. Dabei soll er neuerdings nicht nur als Richter, sondern auch als Eheberater tätig werden. Wenn man bedenkt, dass schon heute der Eheschutz mangelhaft ist, so wird er in Zukunft bei der Fülle von zu lösenden Problemen ganz einfach nicht mehr funktionieren. Spielt der Eheschutz nicht, so wird der Brutalere schalten und walten. Wer will das?

Vereinbaren Mann und Frau nichts anderes, so gilt heute als Güterstand die Güterverbindung. Nun soll der ordentliche Güterstand die Errungenschaftsbeteiligung sein. Ein Güterstand, der zu Lebzeiten einer Gütertrennung und im Todesfall einer Gütergemeinschaft (?) gleichkommt. Dieser Güterstand setzt praktisch eine getrennte Buchhaltung der beiden Ehegatten voraus. Wo bleibt da die Wirklichkeit? Der ordentliche Güterstand muss auf die tatsächlichen Lebensweisen in unserem Volke Rücksicht nehmen. Auch sollten die Ehegatten die Freiheit haben, einen andern ihnen passenden Güterstand zu vereinbaren. Die Einschränkung der Wahlmöglichkeiten durch das neue Eherecht ist unliberal und abzulehnen.

Der vorliegende Eherechtsentwurf schafft vor allem für Selbständigerwerbende bei der Übernahme des Geschäftes im Erbfalle, aber auch bei der Führung von Familienbetrieben grosse Probleme. Das Gesetz hat hier nur auf die landwirtschaftlichen Fälle, nicht aber die gewerblichen Rücksicht genommen. Peter Platzer

# Ehrlichkeitshalber.

Weil es schon besonders viel Erfahrung in der Kunst der Herstellung gehaltvoller Cigarillos braucht, haben sich die Cigarrenmacher von La Paz Zeit gelassen. So lange, bis die Mischung aus Dutzenden erstklassiger Tabaksorten stimmte.



20 Stück / Fr. 8.50.-

Und sie mit makellosen, naturreinen Deckblättern umhüllt. Und ein Büschel am Brandende freigelassen, das ein Stück wilder Natur nach aussen kehrt. Aus Tabak. Mehr nicht. Damit Sie als Kenner nicht mehr die Nase über Cigarillos zu rümpfen brauchen.

Denn Wilde Cigarillos von La Paz sind von Grund auf ehrlich. So sorgsam melangiert wie eine grosse Cigarre. So aromatisch leicht. Und ungepudert.

Die Leute von La Paz sind eben Perfektionisten. Seit über 160 Jahren.



Cigarros Autenticos.

Besuch einer FDP-Gruppe in Rwanda

## Schweizerische Entwicklungshilfe praktisch erlebt

Die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) hat im Jahre 1982 unter dem Titel «Ja zur partnerschaftlichen Zusammenarbeit» ihr Konzept zur schweizerischen Entwicklungspolitik veröffentlicht. Die wesentlichsten Folgerungen daraus sind in einem Beitrag in dieser Nummer zusammengefasst. Was lag näher, als für die FDP-Reise des Jahres 1984 praktischen Anschauungsunterricht über die schweizerische Entwicklungshilfe in Aussicht zu nehmen? Nach Abklärungen bei der Direktion für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe, deren Ratschläge uns sehr zustatten kamen, fiel die Wahl des Reisezieles auf Rwanda. Drei Reisetilnehmer haben ihre Eindrücke für den «Freisinn» zusammengefasst: Ständerat Arthur Hänsenberger (Oberdiesbach BE) beleuchtet zwei Projekte, die ihm mit «unserer Art bilateraler Hilfe angemessen erscheinen». Der Zürcher Standesherr Rico Jagmetti hat im Bereiche der Land- und Forstwirtschaft «Wege gesehen, wie die Entwicklungszusammenarbeit sinnvoll gestaltet werden kann». FDP-Generalsekretär Hans Rudolf Leuenberger vermittelt in seinem Beitrag Informationen über das Land sowie die Reise der FDP-Gruppe

Rwanda, dieser Zwergstaat im Herzen des Schwarzen Kontinents, wurde gewählt, weil

- Rwanda ein Schwerpunktland der schweizerischen Entwicklungshilfe ist,
- die Grundsätze schweizerischer Entwicklungshilfe in Rwanda besonders gut zum Ausdruck kommen,
- Rwanda besonders für schweizerische bilaterale technische Zusammenarbeit und Finanzhilfe geeignet ist.

Die Reise, die auch im «Freisinn» ausgeschrieben war, fand vom 23. März bis zum 3. April statt. Eine kleine Gruppe Unentwegter fand sich auf eigene Kosten zu einem einwöchigen Besuch in dem in unseren Breiten

### Rwanda - «Pays des Mille Collines»

Rwanda bemüht sich, seine Eigenständigkeit zu wahren. Geordnete, aber bescheidene Verhältnisse bieten sich dem Betrachter, der von innenpolitischen Spannungen kaum etwas feststellt. Dennoch scheint der Frieden zwischen den zwei hauptsächlichsten Bevölkerungsgruppen, den herrschenden Hutu und den früher dominierenden Tutsi, nicht eben gesichert zu sein. Aber man spricht nicht hierüber. Das präsidentiale Regime scheint die Lage im Griff zu haben. Die ehemals belgische Kolonie ist bestrebt, Fortschritt und Entwicklung des Landes in den Vordergrund zu stellen. Vieles wurde getan - vieles bleibt zu tun.

Bestimmt ist die noch oft verbreitete Klischeevorstellung über das Innere Afrikas nicht mehr am Platz. Zivilisatorische Errungenschaften sind auch in Rwanda recht verbreitet: die Bevölkerung lebt aber in bescheidenen Verhältnissen, zählt doch Rwanda zu den 31 am schwächsten entwickelten Ländern. Man fährt mit Ausnahme einer Hauptverbindung auf Strassen, wie man sie in Europa im 19. Jahrhundert noch kannte: oft ein Zwischending von Naturstrasse und Feldweg.

### Dicht bevölkert

Rwanda ist mit 190 Einwohnern pro Quadratkilometer das am dichtesten bevölkerte Land Afrikas. Die Bevölkerung lebt kaum in Zentren und ist mit Ausnahme (Akagera-Park, Naturwaldgebiete) auf das ganze Land verteilt. Die Siedlungen sind locker. Die Bauern, sie machen den Grossteil



wenig bekannten Staat zusammen und hatte auch Gelegenheit, auf der Rückreise bei einem kürzeren Aufenthalt in Kenya Projekte zu besichtigen, an denen die Schweiz beteiligt ist.

der Bevölkerung (gegen 90 Prozent) aus, leben in Familiengemeinschaften. Die faktisch unterste Organisationsstufe ist der Hügel, von dem man mit anderen eigenständigen Bauern eine verhältnismässig kleine Parzelle bebaut und bewohnt. Das grüne Hochland ist Garten, Park und Produktionsstätte zugleich. Grün und bergig, soweit das Auge reicht, keineswegs einsam für den, der auf holpriger Strasse anhält und feststellt, wer alles plötzlich zwischen Bananen-, Kaffee-, anderen exotischen Früchten- und Gemüsepflanzungen neugierig hervortritt. Einheimische gehen zu Fuss, mit oder ohne Schuhe, bestenfalls fährt man per Velo auf den recht bevölkerten Strassenverbindungen. Die Jugend in Schultracht fällt auf. Waren aller Art trägt man auf dem Kopf, die Mütter Babies am Rücken. Märkte gibt's



Offener Fleischmarkt

auf freiem Feld. Fast alles ist für den bescheidenen Bedarf zu haben: Gemüse, Früchte, Fleisch, Bedarfsartikel aller Art, sehr oft gebrauchte Gegenstände.

### Bevölkerungsexplosion

Das Land, etwa so gross wie die Deutschschweiz (etwas über 26 000 km<sup>2</sup>), steht unter der Bedrohung durch die Bevölkerungsexplosion. Der spärliche Boden muss besser ausgenützt, die wenigen Wälder müssen nicht nur erhalten, sondern erweitert und unterhalten werden. Auch der einzelne Baum ist Symbol für Fortschritt geworden, man pflanzt an den oft steilen Hügeln und Bergen bisweilen ohne durchschlagenden Erfolg, die Erosionsgefahr ist noch nicht gebannt. Prasende Gewitterregen haben wir erlebt, die Flüsse in Schlammzüge verwandeln, die dem Nil (Zentral- und Ostrwanda) oder dem Kongo im Westen durch den Kivu-See zuströmen.

Das kleine Hochland mit durchschnittlich 1500 m ü. M. erfreut sich eines ausgezeichneten Klimas, was eine bescheidene Lebensweise ohne Misere für die Bevölkerung erlaubt. Mangel an Energie und Rohstoffen und die Lage als Binnenland erschweren die wirtschaftliche Entwicklung. 1700 Strassenkilometer bis zum nächstgelegenen Meereshafen (Mombasa), z. B. durch politisch unsichere Gebiete, illustrieren das Nachschubproblem.

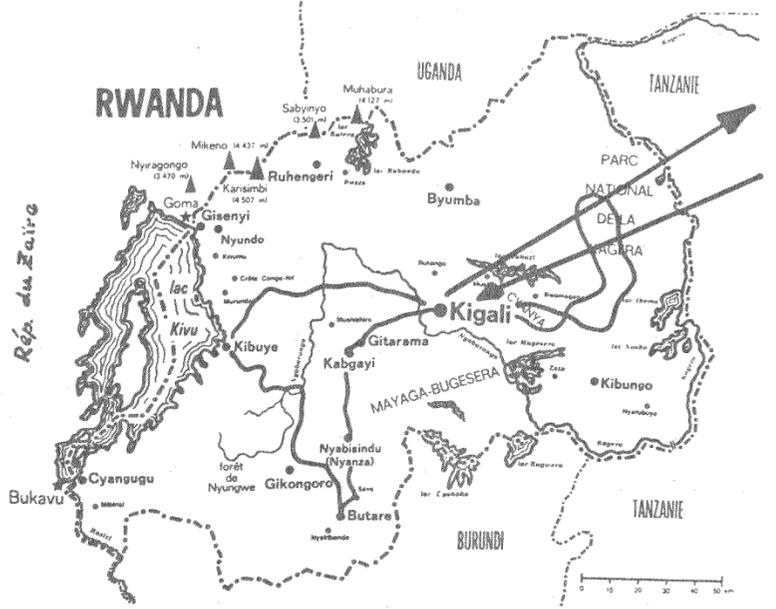
### Lernbereitschaft vorhanden

Schulung in Agrar- und Forstwirtschaft, aber auch in der Organisation des Zusammenlebens ist vonnöten. Die Lernbereitschaft ist vorhanden. Hier greift die von der schweizerischen Entwicklungshilfe und von kirchlichen Organisationen getragene Hilfe - neben solchen aus andern Ländern - ein. Wir haben einen sehr positiven Eindruck von deren Wirken erhalten. Sinnvoll in der Wahl der Projekte, zweckmässig in der Ausführung, psychologisches Verständnis für jene, für die die Hilfe gedacht ist, und vor allem Beharrlichkeit und Ausdauer. Vieles dürfte auf ersten Anhiob nicht gelingen, und Gelungenes könnte plötzlich durch Federstriche zerstört werden. In dieser Situation zu leben und sich einzusetzen braucht Geduld und Mut. Die FDP-Gruppe stand unter dem Eindruck, solches angetroffen zu haben.

### Ein anspruchsvolles Programm

Die schweizerischen Vertretungen in Kigali (Hauptstadt Rwandas) und in Nairobi vermittelten vor allem durch die zuständigen Entwicklungs-Attachés ein umfassendes Besuchsprogramm. Das Reisebüro Marti hatte seinerseits Kontakte zur katholischen Mission in Kabgayi, die unter der Leitung des Walliser Erzbischofs Perraudin steht, und zum afrikanischen Bischof von Butare hergestellt. Daraus ergab sich für die Besucher ein abgerundetes Bild schweizerischer Entwicklungszusammenarbeit.

Im Gebiete des Landwirtschafts- und Forstwesens ging ein



Auf dieser Karte ist die Reiseroute der FDP-Gruppe eingezeichnet. Rwanda, im Herzen Afrikas, hat ein ausgezeichnetes Klima dank der durchschnittlichen Höhe von 1500 m ü. M. Landessprache ist Französisch, die Hauptstadt Kigali. Das Land, das noch unverfälschtes Afrika bietet, ist reich an Flüssen und kristallklaren Seen. Im Osten liegen der tierreiche Akagera-Nationalpark und die Quelle des Nils, im Westen der Kivu-See, in dem gebadet werden kann, mit seinen wunderschönen Sandstränden, im Nordwesten die Virunga-Bergkette mit dem «Parc des Volcans» mit seinen geschützten Gorillas.

Gespräch mit dem zuständigen rwandischen Verwaltungsdirektor und seinem schweizerischen Experten voraus, denen sich im Verlaufe der Reise Besuche beim landwirtschaftlichen Forschungsinstitut in Rubona, beim Projekt Agricole de Kibuye mit seinen mannigfaltigen Diensten (Zentrum Rukoko, Service animation et formation, Ecole agroforestière anschlossen. Die Warenvermittlung (Trafipro) und das Kreditwesen (Banques Populaire), die Gemeindeverwaltung von Mububati und ein genossenschaftliches Erwachsenenbildungszentrum bei Kigali waren Gegenstand weiterer Projekte, in die ein Einblick vermittelt wurde.

Die katholische Mission in Kabgayi mit ihren handwerklichen Ateliers (Schreinerei, Buchdruckerei) und einem beachtlichen Spital sind Aussenposten kirchlicher Entwicklungshilfe. In

Kenya war Gelegenheit, ebenfalls forstwirtschaftliche Bestrebungen mit schweizerischer Unterstützung zu verfolgen und Besuche in der grössten Hotelfachschule der Welt bei Nairobi und dem landwirtschaftlichen Forschungsinstitut der Universität Nairobi abzustatten.

Dass im Reiseprogramm auch dem touristischen Element Rechnung getragen wurde, sei der Vollständigkeit halber erwähnt: faszinierende Besuche im Akagera-Nationalpark von Rwanda und im Nationalpark von Nairobi werden den Reisetilnehmern in Erinnerung bleiben.

Die reibungslose Abwicklung des anspruchsvollen Programms verdanken wir dem Verständnis und dem Einsatz zahlreicher Helfer. Ihnen allen sei an dieser Stelle die Anerkennung zum Ausdruck gebracht.

Hans Rudolf Leuenberger

### Zwei Projekte der Entwicklungszusammenarbeit

Neben von der Schweiz unterstützten agrar- und forstwirtschaftlichen Projekten hat die FDP-Reisegruppe auch zwei marktwirtschaftlich interessante Unternehmen besichtigt, nämlich die Banques populaires (System Raiffeisen) und die Trafipro, ein Warenverteilungssystem. Beide Unternehmen geniessen die Unterstützung der rwandischen Behörden, und beide bedürfen noch weiterer schweizerischer Hilfe. Die Verpflichtungskredite für 1981 bis 1985 betragen für die «Banques populaires» 4,94 Millionen Franken und für Trafipro 2,7 Millionen Franken.

Mit den Banques populaires wurden als Neuheit in diesem Land Bankfilialen verstreut über das ganze Rwanda geschaffen. Die Möglichkeiten der ländlichen Bevölkerung, Sparkapital anzulegen und Kredite zu beziehen, waren sehr beschränkt. Die «colline», der Hügel mit den darum herum gruppierten Häusern, kannte dafür eigene Finanzierungssysteme, beispielsweise die «tontine», eine Art Lotterie. Die von den Raiffeisenorganisationen der Schweiz ausgehenden Einkünfte mit Rwanda bezwecken die Förderung des Sparens und die Gewährung von Krediten an die Genossenschaftler, besonders für die Landwirtschaft, das Handwerk und die Kleinindustrie. Das sind Mittel, die eine bescheidene, dem Land und den Leuten angepasste Verbesserung der Lebensqualität bringen können.

Nach Vorabklärung durch schweizerische Experten wurde 1975 die erste Einheit geschaffen. Jetzt sind es bereits 67 Genossenschaftsbanken, verteilt über das ganze Land, die auf der Grundlage der Gegenseitigkeit kollektives und individuelles Sparen fördern und Darlehen geben. Vorsichtigerweise werden pro Jahr

nur wenige Einheiten neu eröffnet. Die Zentralkasse in der Hauptstadt Kigali garantiert die Depots der einzelnen Banken, die lokal autonom sind.

Die Einlagen haben sich von 13 Millionen Rwanda-Francs auf über eine Milliarde erhöht, und die Zahl der Einleger ist auf über 64 000 gestiegen. Über 5000 Kreditnehmer erhielten 445 000 000 Rwanda-Francs.

### Beträchtlicher Schulerfolg

Die Ausbildung in den Bankgenossenschaften hilft fähige Kassiere, Buchhalter und Angestellte heranzuziehen. Der Schulerfolg ist beträchtlich. Die Genossenschaftler verwalten ihre Bank, sind selber Meister über die Einlagen. Die freie Verfügbarkeit der Ersparnisse und die Vielfalt der erhältlichen Kredite tragen zur

**Je früher Sie Ihre Ideen mit uns besprechen, desto besser sind Sie beraten.**

Bauliche Investitionsabsichten in die richtigen Gleise zu lenken, schrittweise die richtigen Weichen zu stellen, Situationen zu analysieren und die Planungsentwicklung zu kanalisieren: das ist Geilinger-Engineering. In andern Worten: wir sorgen für den optimalen Ablauf von der Idee über die Planung bis zur schlüsselfertigen Realisierung von Industrie- und Verwaltungsbauten.

Geilinger AG Dept. Planung und Generalbau  
CH-8401 Winterthur, Tel. 052/22 74 34  
CH-1462 Yvonand, Tel. 024/31 17 31

**GEILINGER**

ländlichen Entwicklung Rwandas bei und propagieren gleichzeitig die Idee der Solidarität in einer Genossenschaft.

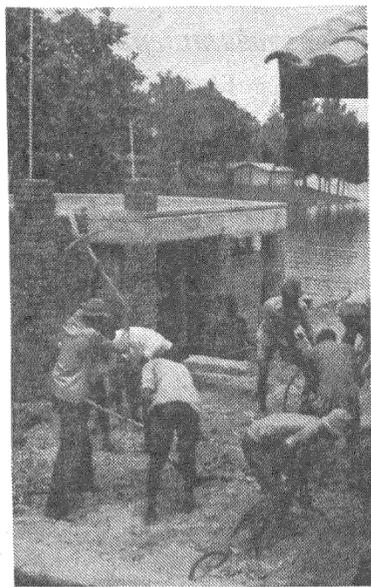
Wenn mit Schweizer Augen gesehen eine Bilanzsumme (Zentrale und Banques populaires) von 28 Millionen Schweizerfranken sich auch sehr bescheiden ausnimmt, so scheint doch diese Art Bank dem Land Rwanda angemessen und die Schweizer Hilfe (in der Gewinn- und Verlustrechnung 1983 mit 1,24 Millionen Schweizerfranken angegeben) als gut angelegtes und dem Sinn unseres Bundesgesetzes über die humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit entsprechendes Geld.

Der Bericht der Zentralbank weist auch auf Schwierigkeiten hin, dass beispielsweise Kaderleute auf Regierungsposten wechseln, wo Amtswohnungen und bessere Gehälter locken, und auf die Erfahrung, dass aus andern Betrieben kommende Buchhalter ihre Stelle eventuell wegen Betrügereien wechseln mussten. Die Banques populaires haben sich deshalb entschlossen, nur noch Anfänger einzustellen und das Kader selber auszubilden.

### Von der Schweiz lanciertes Warenverteilsystem

Das Warenverteilsystem *Trafipro* (*travail, fidélité et progrès*) gehört zu den ersten Projekten schweizerischer Entwicklungszusammenarbeit in Rwanda und mit 32 Millionen Schweizerfranken auch zu den wichtigsten Unternehmen des Landes. Die Genossenschaft bezweckt die Verteilung und Vermarktung von Basisprodukten, sie will die Verkaufspreise über das ganze Land hin einheitlich gestalten, die Spekulation verhindern und den Verkauf der einheimischen Produkte fördern.

Die *Trafipro* steht finanziell nicht gut da. Mitschuldig an den Schwierigkeiten sind die schlechte Konjunktur, aber auch der Klein-



Häuserbau praktisch ohne Maschinen.

handel mit geschmuggelter, preisgünstiger Ware und die isolierte Lage des Landes: der nächste Meerhafen, Mombasa, ist 1600 km entfernt und nur über unsichere Strassen durch Uganda erreichbar.

### Zu rasches Wachstum?

Die vor 25 Jahren gegründete *Trafipro* hatte vorerst zwei Geschäfte und vergrösserte sich dann wohl zu rasch. Insbesondere durch den Mangel an ausgebildetem Personal näherte sich bald eine Katastrophe, die 1963 durch einen Vertrag zwischen der Regierung von Rwanda und der Schweiz abgewendet wurde. Schweizer Experten und ein langfristiges Darlehen erlaubten eine Gesundung, die allerdings nicht von langer Dauer war. Nach weiteren Krisen wurde 1980 ein grosses, vielleicht zu grosses Zentrallager in der Nähe der Hauptstadt geschaffen, und die Genossenschaftsstrukturen wurden verbessert. Heute zählt - wie aus dem selbstkritischen Jubiläumsbericht hervor-



Wasser muss von Frauen und Kindern oft weither geschafft werden.

geht - die *Trafipro* 30 Filialen, verteilt im ganzen Land, mit 28 angeschlossenen Genossenschaften. In diesem Land mit dem rudimentären Strassennetz hat die von *Trafipro* aufgezogene Warenverteilung eine grosse Bedeutung, und dazu kommt wie bei den *Banques populaires* die Ausbildung von Personal, Verkäufern und Betriebsleitern als schätzenswerter Nebenzweck.

Beide hier kurz vorgestellten, von der Schweiz seit Jahren unterstützten Entwicklungsprojekte scheinen unserer Art bilateraler Hilfe angemessen. Beide bedürfen eines langen Atems und haben nur Sinn, wenn eine Erfolgskontrolle hart und nachhaltig immer wieder vorgenommen wird. Das Ziel, von ausländischen Experten unabhängig zu werden, liegt nicht in naher Zukunft.

Arthur Hänsenberger

### Land- und Forstwirtschaft als Schwerpunkt

Der eingeschossige Backsteinbau ist in seiner äusseren Gestalt und in seinem Innenausbau bescheiden. In einem der recht dicht belegten Arbeitsräume wird Bildmaterial hergestellt, mit dem die Bauern auf den «collines» angehalten werden, den Wald und die Bäume zu pflegen. Das ist der erste äussere Eindruck, den die FDP-Gruppe von der *Direction des Eaux et Forêts* in Kigali, der Hauptstadt Rwandas, erhält. Der Leiter ist Rwandese und hat seine Ausbildung als Forstingenieur zunächst in Nachbarstaaten und dann ergänzend in Kanada erhalten. Seine Hauptsorge gilt der Erhaltung und Erweiterung des Waldareals, das nur gut 6% der Fläche des Landes erfasst. Dieser Wert liegt weit unter dem Durchschnitt von rund 24% für ganz Afrika, obwohl die klimatischen Verhältnisse in diesem hoch gelegenen Land recht günstig sind (bei Temperaturen ohne grosse Schwankungen von durchschnittlich 20 bis 22° und Niederschlägen je nach Gegend von 600 bis 2500 mm im Jahr).

Der Naturwald ist wohl durch ein Gesetz von 1931, also aus der Zeit des belgischen Protektorates, geschützt, doch blieb dieser Erlass in den fünfziger und sechziger Jahren tot Buchstabe wegen des Bevölkerungsdrucks, der zu Rodungen zugunsten der Landwirtschaft führte. Die Ernährung der rund 5,5 Millionen Einwohner bietet in einem Land mit 26 000 km<sup>2</sup> (knapp zwei Dritteln der Fläche der Schweiz) in der Tat schon heute Probleme, die fast unlösbar würden, wenn der derzeitige Geburtenüberschuss von etwa 4% anhalten sollte und sich die Bevölkerung demgemäss in weniger als zwanzig Jahren verdoppeln würde. Rodungen helfen da nichts. Die forstwirtschaftlichen Bemühungen sind denn auch im Gegenteil ausgerichtet auf die Erhaltung des Naturwaldes, die Aufforstung eines Schutzgürtels um diesen und die Vermehrung des Baumbestandes bei den Bauern. Die Schweiz unterstützt hier vor allem die Schulung des Forstpersonals, das nachher gemeindeweise eingesetzt wird, und die Massnahmen, mit denen die Bauern zur Pflege des Baumbestandes angeregt werden. Zwei Berater aus unserm Land stehen dem Direktor zur Seite. Auf solider fachlicher Grundlage wird hier ausgesprochen praxisbezogene Arbeit geleistet.

### Angewandte Forschung

Von der Hauptstadt weg führt eine Asphaltstrasse. Nach 50 km

aber ist die Bequemlichkeit zu Ende und beginnt der Naturbelag auf der Strasse, die zur kleinen Universitätsstadt Butare führt. Bevor wir den Ort erreichen, besichtigen wir das *Institut des Sciences Agronomiques du Rwanda*, wo ein Schweizer Forstingenieur unter lokalen Bedingungen wissenschaftliche Untersuchungen weiterführt, die er an der Eidgenössischen Anstalt für das forstliche Versuchswesen in Birmensdorf eingeleitet hatte. Ein anderer Schweizer befasst sich mit der Agroforstwirtschaft, bei der unter einem lichten Baumbestand der Boden landwirtschaftlich bewirtschaftet wird, um eine intensivere Nutzung zu erreichen. Grosse Versuchsanlagen mit Bohnen, Maniok, Mais, Sorgho, Kaffee, Fruchtbäumen usw. erwecken beim Betrachter den Eindruck eines von seinen afrikanischen Leitern gut geführten Instituts.

### Arbeit an der Front

Über eine Bergstrasse mit zahlreichen Schlaglöchern gelangen wir an den Kivu-See. Die Fahrt bietet Gelegenheit zu einem Einblick in das *Projet Agricole de Kibuye*, für das die Schweiz seit 1965 rund 20 Mio. Fr. aufgewendet hat. Die Erfahrungen werden ausgewertet und haben zu gewissen Anpassungen geführt. Die starke Bevölkerungszunahme stellt bei der kleinbetrieblichen Struktur (mit einer Betriebsgrösse von durchschnittlich 0,8 ha) in dieser gebirgigen Gegend grosse Probleme. Die Bekämpfung der Erosion durch Terrassierung, die Förderung der Kleinviehhaltung, die Bereitstellung von Infrastrukturen und die Vermittlung von Kenntnissen an die Bauern sind die Hauptaufgaben der Schweizer Entwicklungshelfer, die fernab von grösseren Siedlungen in engem Kontakt mit der Bevölkerung leben.

Nach dem Besuch des Kivu-Sees auf 1400 m ü. M. fahren wir auf zwei Flossen zur *Ecole Agricole et Forestière de Nyamishaba*. 250 Schüler leben hier im Internat und werden in einem fünfjährigen Lehrgang, der an die obligatorische Schulzeit anschliesst, zu Technikern in den Bereichen der Landwirtschaft und der Forstwirtschaft ausgebildet. Der erstaunlich kritische schriftliche Bericht des Schulleiters zeigt, dass man nicht über die auftretenden Probleme hinwegsieht. Die Bauten sind noch im Gang und werden von der Schweiz finanziert. Die Projektierung und die Bauleitung liegen in der Hand eines Westschweizers, dessen Tessiner

### FDP und Entwicklungspolitik

## Ja zur partnerschaftlichen Zusammenarbeit

Die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) hat vor gut einem Jahr Thesen zur Entwicklungszusammenarbeit veröffentlicht, die auf ein breites Echo stiessen. Nachstehend ein Auszug daraus:

Zum Stellenwert der Entwicklungspolitik hält die FDP fest:

- Es ist ein primäres liberales Anliegen, sich für die Würde des Menschen einzusetzen und soziale Verantwortung zu übernehmen.

- Hunger und Ungerechtigkeit sind schlechte Fundamente für die Sicherung des Friedens: sie machen Entwicklungszusammenarbeit zur zwingenden Aufgabe.

- «Wenn es der Entwicklungshilfe gelingt, durch Verminderung von Gegensätzen Spannungen abzubauen, ist sie langfristig auch wirksame Friedenspolitik». (BR Friedrich)

Die schweizerische Entwicklungszusammenarbeit ist vorwiegend humanitär, ausserpolitisch und ausserwirtschaftlich motiviert.

- Deshalb ist eine Öffentlichkeitsarbeit erforderlich, welche die Einsicht in die für die Schweiz existentiellen Zusammenhänge der arbeitsteiligen und ständig von Machtverschiebungen veränderten Welt vertieft.

- Auch die Entwicklungshilfe hat ihren Anteil an die Bundesfinanzsanierung zu leisten. Die Entwicklungshilfeleistungen werden aber im Vergleich zu den übrigen Bundesaufgaben nicht gekürzt, sondern vergleichsweise überdurchschnittlich steigen.

Grundsätze schweizerischer Entwicklungspolitik (gem. These FDP)

- Staatliche Entwicklungshilfe ist der politische Beitrag für stabilere Verhältnisse auf dieser Welt. Davon profitieren wir auch wieder. Eine vernünftige Entwicklungshilfe ist somit Teil unserer Sicherheitspolitik.

- Die Länder der Dritten Welt sollen über ihren Entwicklungsweg selbständig entscheiden können. Die Entstehung neuer Abhängigkeiten ist zu vermeiden. Entwicklungszusammenarbeit hat primär Hilfe zur Selbsthilfe zu sein; sie soll sich selbst überflüssig machen.

- Vorrangig bleibt der Kampf gegen die absolute Armut. Die verfügbaren Mittel sind überwiegend für Projekte einzusetzen, die für die Befriedigung der Grundbedürfnisse der Menschen in einem Entwicklungsland von zentraler Bedeutung sind. Soweit als möglich soll auch der Bevölkerungsexplosion entgegengewirkt werden.

### Zur Länderwahl

Entwicklungshilfe muss effizient sein. Als erstes sind jene Länder auszusuchen, in denen schweizerische Entwicklungshilfe die besten Erfolgsaussichten hat. Es muss ein Wille zu eigener Anstrengung vorhanden sein, der sich auf die gesamte Bevölkerung richtet, denn oft sind wirtschaftliche und gesellschaftliche Reformen unerlässlich (breitere Bodenverteilung, gleichmässige Einkommensverteilung). Als Empfänger schweizerischer Entwicklungshilfe sind Länder zu bevorzugen, die über dezentrale wirtschaftliche Entscheidungsstrukturen und Marktformen des Wettbewerbs verfügen, da sie wirtschaftlich eindeutig besser, sozial mindestens ebenso gut wie planwirtschaftlich orientierte abschneiden.

Ferner sind jene Länder vorzuziehen, die bereits selber über ein Entwicklungskonzept verfügen. Ein Entwicklungskonzept gibt eine Vorstellung davon, wie und

mit welchen Massnahmen die kreativen Kräfte des Landes mobilisiert werden können, wobei die Verantwortung für die Entwicklung bei den jeweiligen Regierungen bleiben muss.

Vorab sind schliesslich ärmere Entwicklungsländer, Regionen und Bevölkerungsgruppen zu berücksichtigen und Selektionen auch innerhalb eines Landes vorzunehmen.

Es sollen einem Empfangsland zwar keine Auflagen gemacht werden. Mit totalitär regierten Ländern ist aber keine Zusammenarbeit möglich, solange dort systematisch Menschenrechte verletzt werden. (Ausnahme: Humanitäre Hilfe in Katastrophenfällen.)

### Zur Wahl der Mittel in der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit

Die Bedürfnisse des Entwicklungslandes sind primär, weshalb die Frage nach der Wahl der Mittel vorab vom Empfangsland zu beantworten ist.

Die Wirkung der eingesetzten Mittel kann nachhaltig verstärkt werden, wenn die besonderen Stärken schweizerischer Entwicklungshelfer ausgenutzt werden.

Projekte müssen sowohl kostengünstig als auch problembezogen sein. Zu fördern sind vor allem Projekte, an denen die unmittelbar betroffenen Länder und deren Behörden grosses Eigeninteresse haben, da sie bereit sein werden, eigene personelle und materielle Mittel dafür einzusetzen.

Für die Durchführung der Projekte sind soweit als möglich Ressourcen des Entwicklungslandes selbst zu mobilisieren. Bilaterale schweizerische Entwicklungshilfe ist im Prinzip - mit Ausnahme der Mischkredite - ungebunden, d. h. von Gegenleistungen unabhängige Hilfe. Die Finanzhilfe muss sich mehr als bisher an den Grundsätzen der Projektwahl orientieren.

Mischkredite sind ein wertvolles Instrument der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit, da sie den Entwicklungsländern zusätzliche private Mittel erschliessen.

Bilaterale Finanzhilfe soll in erster Linie schweizerische Projekte der technischen Zusammenarbeit ergänzen.

Den am wenigsten entwickelten Ländern sind als Zahlungsbilanzhilfen die Zinsen und Tilgungen aus früher gewährten Entwicklungskrediten auf Antrag des Schuldners und nach Prüfung jedes Falles zu erlassen.

### Wahl der Mittel in der multilateralen Entwicklungszusammenarbeit

In dem Masse, wie die Schweiz Mittel zur Verfügung stellt, soll sie in den bestimmten Gremien über die Verwendung mitentscheiden können. Die Schweiz soll sich zurückhaltend engagieren, wo multilaterale Organisationen unter der Verpolitikalisierung durch entwicklungsfremde Interaktion leiden. Mammutkonferenzen mit konfusen Zielen sind abzulehnen und Doppelspurigkeiten verschiedener internationaler Organisationen auszumerzen.

Die FDP-Thesen zur Entwicklungszusammenarbeit wurden in der Vierteljahresschrift «Politische Rundschau» (Nummer 4/82) publiziert. Sie können auf dem FDP-Generalsekretariat, Postfach 2642, 3001 Bern, bezogen werden.

Gattin drei Töpfereien eingerichtet hat und überwacht.

### Richtig gesetzte Akzente

Keine Repräsentativbauten, keinen Luxus, keine Prestigeobjekte haben wir gesehen. Dafür haben wir Einblick erhalten in eine Arbeit, die unmittelbar jenen zugute kommt, die sie brauchen. Das Land entspricht schweizerischen Vorstellungen besonders gut: gebirgig, topographisch und organisatorisch stark gegliedert, dezentralisiert besiedelt. Die Hilfe wird auf die Deckung der Grundbedürfnisse ausgerichtet, und die Leitung der Massnahmen liegt zu einem erheblichen Teil in der Hand von Rwandesen.

Eine Erfolgsgarantie ist das alles sicher nicht. Probleme treten in vielfältiger Form auf und müssen immer wieder neu angepackt und bewältigt werden. Aber wir haben Menschen getroffen, die unsere Unterstützung brauchen, und wir haben Wege gesehen, wie die Entwicklungszusammenarbeit sinnvoll gestaltet werden kann.

Rico Jagmetti

## Terminkalender

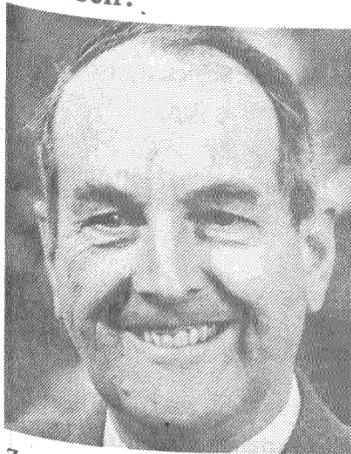
### FDP der Schweiz

24. 8.	August Geschäftsleitung Delegiertenrat
25. 8.	a. o. Delegierten- versammlung in Bern
31. 8.	Präsidentinnenkonferenz der SVFF (Bern)
7./8. 9.	September Fraktionssitzung
17. 9.-5. 10.	Herbstsession
18. 9.	Fraktionssitzung
23. 9.	Eidg. Volksabstimmung
25. 9.	Fraktionssitzung
5. 10.	Oktober Geschäftsleitung
20./21. 10.	Jahreskongress JBS
2. 11.	November Geschäftsleitung
3. 11.	Delegiertenrat
16./17. 11.	a. o. Delegierten- versammlung in Bern
26. 11.-14. 12.	Fraktionssitzung
27. 11.	Wintersession Fraktionssitzung

Impressionen nach der ersten Session

## Zwingli: «Grosses Erlebnis»

In der Sommersession ersetzte Walter Zwingli (Salez SG) im Nationalrat den infolge seiner Wahl zum Regierungsrat aus der Volksschammer zurückgetretenen Burkhard Vetsch (Balgach SG). «Der Freisinn» bat das amtsjüngste Mitglied der freisinnig-demokratischen Fraktion der Bundesversammlung, seine ersten Eindrücke zusammenzufassen:



gung, ein so würdevoller Akt für ein einzelnes neues Mitglied dieses Rates, und andererseits die spontane und herzliche Aufnahme namentlich in der Fraktion, aber auch bei anderen Kolleginnen und Kollegen im Rat. Vielleicht ist diese Kollegialität innerhalb der Fraktion und auch innerhalb des Rates sogar so etwas wie eine Überlebenseinrichtung. Eine unentbehrliche Einrichtung also, um in der Papier- und Problemflut zuerst einmal nicht unterzugehen und dann später auch die Richtung dieser Flut mitbeeinflussen zu können!

Die Juni-Session 1984 stellte wohl sehr hohe Anforderungen an einen Neuling: Geschäftsberichte, Staatsrechnung und sogar Regierungsrichtlinien für eine ganze Legislaturperiode erforderten für ihre Beurteilung gute Kenntnisse aus ihrer Vorgeschichte. Zugleich ergeben diese Geschäfte auch wertvolles Material zum Einarbeiten. Aus der Mitarbeit bei Vernehmlassungsverfahren und allgemein aus der bisherigen politischen Tätigkeit lassen sich manche Brücken zu bestimmten aktuellen Geschäften schlagen.

Dem Anfänger, aber wohl auch dem Fortgeschrittenen stehen mit dem Fraktionssekretariat,

dem Dokumentationsdienst und dem Generalsekretariat der Bundesversammlung und den stets hilfsbereiten Weibern leistungsfähige Dienstleistungsbetriebe zur Verfügung.

Zwischen der Einsicht, aus der Fülle der Ratsgeschäfte selektionieren zu müssen, und der Fähigkeit, dieses Vorhaben sinnvoll durchzuführen, steht vorläufig die ungenügende Übersicht als Haupthindernis. Mir scheint, viele erfahrene Ratskollegen entwickelten im Laufe ihrer Tätigkeit im Parlament eine eigene Arbeitsweise, bauten eine eigene Registratur auf und meistern so die gegebenen Schwierigkeiten. Wahrscheinlich muss jeder, abgestützt auf seine eigenen Fähigkeiten und sein Gedächtnis, seinen eigenen «besten Weg» zu leistungsfähiger Arbeit suchen und finden.

Diese mehr administrativen Gedanken sind ja im besten Fall nur Hilfsmittel und Arbeitsmethode. Die eigentliche Arbeit umfasst dann mehr!

Jeder Parlamentarier benötigt für seine Arbeit bestimmte Grundsätze. Viele Stimmbürger wollen diese Grundsätze im Laufe des Wahlkampfes kennenlernen. Ich kann mir vorstellen, dass ein Parlamentarier mit seinen eigenen Grundsätzen in Konflikt geraten kann. Solide und sorgfältig aufgebaute Grundsätze geben einem den Mut, auch einmal anders zu stimmen als die voraussichtliche Mehrheit!

Die Juni-Session 1984 war für mich zur Einführung in unsere verantwortungsvolle Arbeit ein grosses Erlebnis. Ich hoffe, dass wir auch in späteren Sessionen und Kommissionsberatungen, wenn nicht mehr alles so verwirrend neu ist, für neue Eindrücke und Begegnungen mit Ratskollegen oder hilfesuchenden Mitbürgern offenbleiben!

## Einladung zu einem SVFF-Ausbildungsseminar

### Auf der Suche nach neuen Wegen in der Führung von Frauengruppen

Samstag, 15. September 1984, 9.45–16.30 Uhr, Stapferhaus, Schloss Lenzburg

Wir wollen gemeinsam versuchen, wie wir die Strukturen der Frauengruppen unseren heutigen Bedürfnissen anpassen und die Frauengruppenarbeit attraktiver und wirksamer gestalten können.

#### Programm

- 9.45 Uhr Ankunft, Bezug der Kursunterlagen
- 10.15 Uhr Begrüssung und Orientierung durch Stéphanie Mörikofer-Zwey, Kaiser-augst
- 10.30 Uhr Aufgaben und Ziele einer politischen Frauengruppe; Kurzreferat von Regula Frei-Stolba, Aarau  
Diskussion
- 11.15 Uhr Methodik der Erwachsenenbildung als politisches Hilfsinstrument; Referat von Peter Benz, Herrliberg  
Diskussion
- 12.30 Uhr Mittagessen – Besuch der Ideenbörse für Veranstaltungsthemen
- 14.00 Uhr Gruppenarbeit  
Gruppe 1: Die Frauengruppe als «Frauenlobby» in der FDP; Gesprächsleiterin: Esther Moser, Reigoldswil  
Gruppe 2: Wie motivieren wir Frauen für die politische Arbeit, und wie bauen wir sie auf? Gesprächsleiterin: Else Keller, Winterthur  
Gruppe 3: Wie gewinnen wir Mitglieder, und wie aktivieren wir sie? Gesprächsleiterin: Rosmarie Leuenberger, Ettingen
- 15.30 Uhr Berichte aus den Arbeitsgruppen; Abschlussvotum von Stéphanie Mörikofer-Zwey
- 16.30 Uhr Seminarschluss

Schriftliche Unterlagen werden zu Beginn abgegeben.

Das Kursgeld inkl. Unterlagen, Mittagessen und Erfrischungen im Betrag von Fr. 45.– ist am Seminarort zu bezahlen.

Schweizerische Vereinigung der Freisinnig-Demokratischen Frauen (SVFF)  
(Die Kommission für politische Ausbildung)

#### Anmeldetalon

Name	Vorname
Strasse	PLZ/Wohnort
Tel.	
<input type="checkbox"/> nimmt am SVFF-Ausbildungsseminar vom 15. 9. 1984 in Lenzburg teil <input type="checkbox"/> reist mit der Bahn <input type="checkbox"/> reist mit dem Privatauto <input type="checkbox"/> möchte vorzugsweise in der Arbeitsgruppe ... (1, 2 oder 3) <input type="checkbox"/> oder als Alternative in der Arbeitsgruppe ... (1, 2 oder 3) mitmachen	
Datum	Unterschrift

Bis spätestens 31. August 1984 senden an:  
Frau Erika Bigler, Eichenstrasse 14, 9303 Wittenbach

## KABA STAR - kopieren gesetzlich verboten.

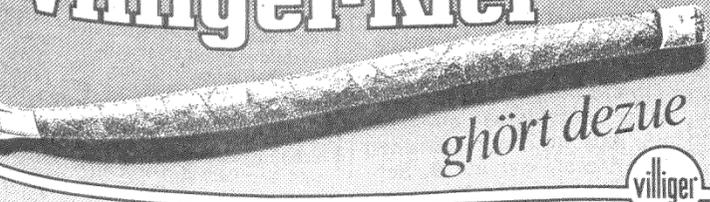


Wer KABA STAR-Schlüsselkopien unbefugt herstellt, macht sich strafbar. KABA STAR-Duplikate dürfen nur vom Werk und nur gegen Unterschrift der bezugsberechtigten Personen angefertigt werden. Das ist gesetzlich festgelegt. Durch in- und ausländische Patente. KABA STAR ist das Schliess-System, bei dem Sie ein wirklich sicheres Gefühl haben können. Auf lange Sicht. Mehr erfahren Sie bei Ihrem Beschläger- oder Eisenwarenhändler.

**KABA STAR. Denn Sicherheit beginnt beim Schloss.**

BAUER KABA AG  
Postfach, 8620 Wetzikon 1  
Tel. 01/931 61 11

## Villiger-Kiel



ghört dezue  
villiger

Garten- und Landschaftsarchitekten,  
Erdbauingenieure

Spross

Wir planen, bauen, sanieren  
und pflegen auch Ihren Garten  
für Ihre sympathische Umwelt  
Spross Ga-La-Bau AG Zürich  
Garten- und Landschaftsbau 01-4 62 62 62

In Ihrem Auftrag  
vermitteln wir  
Liegenschaften  
jeder Art.

Spaltenstein

LIEGENSCHAFTEN

SPALTENSTEIN AG IMMOBILIEN  
SIEWERDTSTRASSE 8, 8050 ZÜRICH  
TEL. 01 3161333, TELEX 822621 (SBM)

# OSTSCHWEIZ

Das Haus mit der behaglichen und persönlichen Atmosphäre



Grill-Room · Rôtisserie

P. Musa-Emilson, beim Bahnhof  
Tel. (071) 23 35 35  
Telex 77135

Officier Maître Rôtisseur  
de la Confrérie de la  
Chaîne des Rôtisseurs



ASH  
AMBASSADOR SERVICE HOTELS

HOTEL METROPOL ARBON BODENSEE  
CH-320 Arbon Tel. 071 463535, Telex 77247, Dir. Charles Delway

Charly's Rôtisserie  
Gartenrestaurant  
Seeterrasse beheizt  
Delphin-Bar  
Seminar-Department

Grosser Dachgarten  
mit geheiztem Schwimmbad  
Hot Whirl Pool – Sauna – Fitness  
Grosser Parkplatz

## Introduction

die Partnerwahl für  
Anspruchsvolle seit 1956.  
Frau M. Th. Kläy  
Neugasse 45, 3001 Bern  
Telefon 031/22 21 12  
Internationale Verbindungen  
Verlangen Sie die Unterlagen.  
Sie werden weder angerufen  
noch von einem Vertreter  
besucht.  
(Staatlich eingetragen)



## Am Gallusplatz

Restaurant gastronomique  
9000 St. Gallen  
(vis-à-vis Kathedrale)  
H. J. Sisteck, (071) 23 33 30



Cuisine du marché  
Eigene Kreationen

Das führende Haus mit Ambiance  
(erbaut 1606 – restauriert 1974)

Täglich 11.00 bis 14.30 Uhr Montag Rôtisserie – Restaurant  
18.00 bis 22.00 Uhr geschlossen Gewölbekeller für Gesellschaften

## Der ist nicht wert des Weines, der ihn wie Wasser trinkt

Viel Liebe und Sorgfalt steckt in jedem Tropfen Wein. Die harte Arbeit des Weinbauern und die unumschränkte Sorgfalt des Kellermeisters drücken jeder Flasche guten Weines den unverkennbaren Stempel auf. Drum ist es wirklich schade, wenn ihn jemand wie Wasser trinkt.

Zum Glück aber gibt es weitaus mehr echte Weinfreunde, die den guten Tropfen sehr zu schätzen wissen. Und all jenen gilt unsere Arbeit für den Wein, die durch langjährige Erfahrung geprägt ist. Seit über 200 Jahren beschäftigt sich unser Haus mit der Pflege der Weingärten, und von Generation zu Generation wird das liebevolle Verständnis für dieses herrliche Naturgut weitergegeben.

Rufen Sie uns an (Telefon [043] 21 20 81) oder schicken Sie uns eine Postkarte. Sie erhalten von uns dann umgehend völlig unverbindlich unser «Wibüechli» – eine köstliche Lektion für jeden Weinfreund.

St.-Jakobs-Kellerei  
Schuler & Cie. AG  
Schwyz und Luzern  
Franzosenstrasse 14  
6423 Seewen-Schwyz



SCHULER-WEINE

Vortragsreise von Bischof Isaac Mokoena in der Schweiz

## Südafrika aus der Sicht eines schwarzen Kirchenführers

Kürzlich weilte der schwarze südafrikanische Bischof Isaac Mokoena, Oberhaupt der 4,5 Millionen schwarze Christen umfassenden Black Reformed Independent Churches Association (RICA), welche eine Dachorganisation für 864 unabhängige schwarze Kirchen bildet, für einige Tage in der Schweiz. In verschiedenen Vorträgen hat er sich zu den derzeitigen Entwicklungen in Südafrika geäußert. Die Arbeitsgruppe südliches Afrika (ASA) fasst die Schwerpunkte seiner Ausführungen wie folgt zusammen:

Wirtschaftliche Sanktionen der westlichen Industriestaaten gegenüber Südafrika bewirken laut Bischof Mokoena keine «Befreiung» in Südafrika, wie die Boykottbefürworter immer behaupten. Ihre Folgen wären vielmehr Hunger, Verschlechterung des Lebensstandards und der Schulungsmöglichkeiten für die Schwarzen, die einer tiefgreifenden Frustration anheimfallen würden. Was der schwarzen Bevölkerung in den letzten Jahren eine schrittweise Verbesserung ihrer Lage gebracht hat, war eine Folge der wirtschaftlichen Blüte in Südafrika. Soll dieser Fortschritt weitergehen, dann ist die Schaffung weiterer Arbeitsplätze – besonders auch in den Homelands – die erste Voraussetzung dafür. Dass weitere Investitionen in Südafrika diese Wirtschaftsentwicklung begünstigen, dürfte ausser Frage stehen. Wer nach Boykotten ruft, stürzt die Schwarzen in Not und Elend; wer investiert, hilft mit, den Schwarzen eine bessere Zukunft zu sichern.

### Apartheid

Wenn Apartheid bedeuten soll, dass eine bestimmte Gruppe des Volkes auf Grund ihrer Hautfarbe für sich das Vorrecht ableitet, andere Gruppen zu beherrschen und zu dominieren, dann wendet sich Bischof Mokoena mit Überzeugung und Schärfe gegen solche Annahmen. Die Vorherrschaft irgendeiner Gruppe über andere Gruppen darf im modernen Südafrika nach Meinung Mokoenas keinen Platz mehr finden.

Andererseits betrachtet es Bischof Mokoena als äusserst wichtig, dass jedem in Südafrika lebenden Volk, insbesondere auch den dort ansässigen Schwarzen, die eigene kulturelle Identität bewahrt werden kann. Nur jene Völker, deren kulturelle Identität gewährleistet ist, können in Würde leben und jenes Selbstvertrauen entwickeln, welches ihnen erlaubt, das eigene Schicksal in die Hände zu nehmen und die

Zukunft nach eigenem Ermessen zu bestimmen.

### Bischof Tutu

Ein wichtiges Anliegen Mokoenas besteht darin, die Europäer davor zu warnen, die Ansichten Bischof Desmond Tutus, des Generalsekretärs des Südafrikanischen Kirchenrates (SACC), zur gegenwärtigen Entwicklung im südlichen Afrika als die einzig repräsentativen für schwarzes Denken zu betrachten. Im Gegenteil: Tutus Gewicht im südlichen Afrika sei eher gering. Er sei vielmehr ein Produkt der Medien in Westeuropa und teilweise auch in den USA. Sorgfältig abgeschirmt von der Öffentlichkeit, habe Bischof Tutu den Kontakt zu den Schwarzen und ihrem Denken, zu ihren Nöten und Sorgen längst verloren. Vermöge er sich auch geschickt an internationalen Konferenzen in Szene zu setzen, so sei seine Stimme bei weitem nicht jene, die das wirkliche Denken der Schwarzen in Südafrika wiedergebe.

### Homelands

In der Homeland-Politik der südafrikanischen Regierung sieht Bischof Mokoena einen wichtigen und förderungswürdigen Ansatz, der Forderung nach Bewahrung der kulturellen Identität eines jeden Volkes auch auf politischer Ebene gerecht zu werden. Wiederum ist dabei wichtig, dass mit dieser Politik nicht das Ziel verfolgt werde, dass ein Volk gegenüber den andern in Südafrika lebenden Völkern eine Vormachtstellung anstrebe. Die Homelands sollten jedem Volk die Möglichkeit einräumen, seine Zukunft auf Grund der eigenen kulturellen Identität und Herkunft selber zu gestalten und zu bestimmen.

In diesem Zusammenhang forderte Mokoena die Industriestaaten auf, insbesondere auch in den Homelands Investitionen zu tätigen, damit deren Aufbau wirkungsvolle Unterstützung erfahre. Heute müssten noch allzu viele

Homeland-Bewohner Arbeit in den südafrikanischen Industrieanlagen suchen. Die damit verbundene Trennung von Familien verursache viel menschliche Not. Wer die Schwarzen wirklich unterstützen möchte, der müsste in erster Linie dafür sorgen, dass das Angebot an Arbeitsplätzen in den Homelands gesteigert werden könne.

### Konföderation

Da im südlichen Afrika auch dann, wenn die Homeland-Politik erfolgreich abgeschlossen werden könne, Fragen und Probleme zu lösen seien, welche das ganze südliche Afrika betreffen, unterstützt Bischof Mokoena die Idee der Regierung, die mit der Homeland-Politik auf ethnischer Grundlage zu schaffenden Kleinstaaten in einem grösseren Staatenbund zusammenzufassen. Eckpfeiler dieser Politik muss nach Mokoena sein, dass einerseits alle Völker im Rahmen der Homelands ihre kulturelle Identität bewahren könnten, dass andererseits in der anzustrebenden Konföderation keine Vorherrschaft einzelner Völker über die anderen ermöglicht werde.

Ganz allgemein bedauerte es Bischof Mokoena mehrfach, dass man in Westeuropa so wenig Interesse zeige an Kontakten mit Persönlichkeiten aus dem südlichen Afrika, die mit dem Denken und Handeln der Schwarzen wirklich aufs engste vertraut sind, die mit ihnen zusammenleben,

Vor spannenden Ausmarchungen

## Ein Wahlschiff der Schaffhauser Freisinnigen

Im Kanton Schaffhausen werden diesen Herbst die Gesamterneuerungswahlen der Kantons- und Gemeindebehörden stattfinden. Den Auftakt dazu bildet der Wahlsonntag vom 9. September: Dann werden die fünf Regierungsräte und der Schaffhauser Stadtpräsident neu gewählt.

Die Schaffhauser Freisinnigen haben sich zum Auftakt etwas Besonderes einfallen lassen: Sie werden am Mittwoch, 22. August, um 19 Uhr mit einem Wahlschiff von Schaffhausen nach Stein am Rhein fahren. FDP-Parteipräsident, Nationalrat Dr. Bruno Hunziker, steht mit einer Ansprache «Liberalismus hat Zukunft» im Mittelpunkt dieser Veranstaltung. Die Schaffhauser Freisinnigen versprechen sich von diesem Anlass den nötigen Schulterschluss, um mit Elan in den Wahlherbst zu steigen und ein gutes Gesamtergebnis zu erreichen.

Die FDP ist im Kanton Schaffhausen nach der SP die zweitstärkste Partei. Sie stellt 20 Grossräte im achtzigköpfigen Parla-

## Kontradiktorisches Gespräch

Die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) fasst ihre Abstimmungsempfehlungen für den eidgenössischen Urnengang vom 23. September an einer ausserordentlichen Delegiertenversammlung. Diese wurde anberaumt auf Samstag, 25. August, 10.00 Uhr, im Kursaal in Bern. Die Abstimmungsvorlagen werden, wie nachstehende Tagesordnung zeigt, kontradiktorisch behandelt:

1. Begrüssung und politische Lagebeurteilung durch den Parteipräsidenten
  2. Eidgenössische Abstimmungsvorlagen vom 23. September 1984
    - Volksinitiative «für eine Zukunft ohne weitere Atomkraftwerke»
    - Volksinitiative «für eine sichere, sparsame und umweltgerechte Energieversorgung»
- Kurzes Einführungsreferat von Ständerat Peter Knüsel, Luzern  
Podiumsgespräch unter Leitung von Walter Schiesser, Redaktor NZZ, mit

pro:

- Nationalrat Prof. Dr. Gilles Petitpierre, Genf
- Dr. Ursula Koch, Kantonsrätin (SP), Zürich, Geschäftsführerin der Schweizerischen Energie-Stiftung (SES), Co-Initiantin der beiden Volksbegehren)

contra:

- Nationalrat Pascal Couchepin, Martigny
- Nationalrat Dr. Georg Stucky, Baar

Allgemeine Aussprache und Beschlussfassung über die Abstimmungsempfehlung der Partei

3. Verschiedenes

Zur Delegiertenversammlung sind alle Parteimitglieder (mit beratender Stimme) eingeladen.

ihre Anliegen, ihre Nöte und ihre Lebensweise kennen und die diese Kenntnisse weiterzugeben bereit sind, ohne dass sie ideologisch motivierten Denkschemen verhaftet seien.

Stadtpräsident Dr. Felix Schwank für seine letzte Amtsperiode antreten, ohne einen ernsthaften Gegenkandidaten zu haben. Entgegen dem Antrag der Geschäftsleitung haben die städtischen Sozialdemokraten beschlossen, auf einen Kampf um das Stadtpräsidentium zu verzichten. Hingegen treten sie in der Wahl um die drei nebenamtlichen Stadtratssitze mit einer Kampfkandidatur an, die sich primär gegen den bisherigen Landesring-Stadtrat Peter Schmid richtet. Der freisinnige Finanzreferent Dr. Robert Amsler scheint dagegen völlig unbestritten, führt er doch die städtische Finanzpolitik souverän.



Der als Nachfolger von Bernhard Stamm von den Freisinnigen portierte Ernst Leu (unser Bild) ist 57-jährig und in Merischaun, wo er auch gebürtig ist, wohnhaft. Nach dem Primarlehrerpatent erwarb er sich an der ETH Zürich das Turn- und Sportlehrerdiplom und absolvierte eine Sekundarlehrer- und mathematisch-naturwissenschaftlicher Richtung. Nach Tätigkeiten als Sekundarlehrer und Lehrer an der Kantonsschule Schaffhausen übernahm er 1979 das Amt eines Schulinspektors für die Orientierungs- und Berufsschulen seines Heimatkantons. Seit 1962 gehört er dem Gemeinderat seiner Wohngemeinde an, den er seit 1969 präsidiert. Von 1973 bis 1979 gehörte er dem Kantonsrat an.



Freisinnige Nationalräte unter sich (v. l. n. r.): Georg Nef (SG), hinten; Kaspar Villiger (LU), vorne; Pierre Etique (JU) im Gespräch mit Paul Wyss (BS); Bruno Hunziker (AG); Felix Auer (BL), stehend; Ulrich Bremi (ZH).

BANK JULIUS BÄR  
ZÜRICH

Anlageberatung für  
institutionelle Kunden

Zürich 01 228-51-11 London 0044 1 623-42-11  
New York 001 212 949-90-55